

**Preis 20 Pfennig**

*Eingetragen in die Postzeitungsliste*

# MOPR

**ZEITSCHRIFT FÜR KAMPF UND ARBEIT  
DER INTERNATIONALEN ROTEN HILFE**

**5. Jahrgang**

**Berlin, Dezember 1930**

**Nummer 12**

## INHALT

G . . . g : Es geht uns an  
W r a n s k i : Der weiße Terror in Polen wütet wie nie zuvor  
G . : Endloser weißer Terror in Rumänien  
Kampf dem weißen Terror der Dollar-Bourgeoisie  
X. C. : Eine schamlose Lüge des italienischen Faschismus  
B. S m e r a l : „Liga gegen Imperialismus“ und IRH.  
S i e g m u n d K a n a g u r : Die Wahlen in Oesterreich und die RHOe.  
L. S e n d r e w s : Die Internationale Arbeiterverteidigung (ILD.)  
O. R e a l y : Die Rote Hilfe Irlands  
M i l l e r : Revolutionäre Jugend und Rote Hilfe  
Der Strafvollzug in der Tschechoslowakei

### AUS DER ROTEN-HILFE-BEWEGUNG

Verfolgungen politischer Emigranten in Oesterreich

### ROTE-HILFE-WETTBEWERB

Moskau fordert Wien heraus

### AUS DER PRAXIS — FÜR DIE PRAXIS

Vorbildliche Aktivisierung der Kollektiv-Mitglieder

### NEUE BÜCHER UND BROSCHÜREN

Soeben erschienen

A. ELGERS

## Die Kultur-Revolution in der Sowjetunion

Die kulturelle Seite des 5. Jahresplanes

INHALT: Der sozialistische Aufbau — Die Erziehung des Kindes vor der Schule — Das Schulwesen der Sowjetunion — Bekämpfung des Analphabetentums — Die Hochschule — Das Netz der politischen Aufklärung — Die Wissenschaft im Dienste des sozialistischen Aufbaues — Die Presse als kollektiver Organisator — Das Buch als sozialistischer Kulturpionier — Der Sowjetfilm trägt Licht über Land — Das Theater als Waffe der Werktätigen — Das Radio als Massenerzieher — Anstürme der Gottlosen — Die Rote Armee als Kulturmacht — Befreiung der Nationalitäten — Der Kampf gegen Alkohol — Neue Kader — Der sozialistische Alltag — Der Ruf an uns.

72 Seiten in farbigem Umschlag

Preis 1.— Mk.

VERLAGSANSTALT DER PROLETARISCHEN FREIDENKER

Berlin C 25 — Münzstraße 24 III

# MOPR

ZEITSCHRIFT FÜR KAMPF UND ARBEIT  
DER INTERNATIONALEN ROTEN HILFE

5. Jahrg.

BERLIN, Dezember 1930

Nr. 12

### Es geht uns an

(Zum Prozeß der Industriepartei)

Von G . . . g

Vor dem Obersten Gerichtshof in Moskau begann am 25. November ein Prozeß, der weit über die Grenzen der Sowjetunion hinaus Aufsehen erregt. Es handelt sich um die Liquidierung der von der GPU. aufgedeckten „Industriepartei“, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, den sozialistischen Aufbau des Landes zu sabotieren, Spionagearbeit im Auftrage des französischen Generalstabs durchzuführen und damit eine Vorarbeit für eine kriegerische Intervention zu leisten.

Dieser Prozeß hat schon im voraus ein lebhaftes Echo in der ganzen Welt gefunden. Die Werktätigen der Sowjetunion und mit ihnen die ihr treuergebenen Intellektuellen und Spezialisten fordern in Massenmeetings rücksichtslose Abrechnung mit den bewußten Schädlingen am Aufbau des Sozialismus. Sie wissen sich darin eins mit dem klassenbewußten Proletariat der kapitalistischen Länder, das aus eigener Erfahrung weiß, welcher Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten konterrevolutionäre Verschwörer fähig sind. Auf der anderen Seite aber erhebt sich ein großes Zeter- und Mordio-Geschrei im Lager der kapitalistischen Gesinnungsfreunde jener Schädlinge. Nach Kräften unterstützt werden sie dabei von den sozialdemokratischen Führern, denen im Bereich ihrer Wirksamkeit jede Brutalität recht ist, wenn sie eben nur der Aufrechterhaltung des fluchbeladenen kapitalistischen Zwingsystems dient.

Es unterliegt keiner Frage, daß in den nächsten Tagen und Wochen nicht nur die Hetze gegen das Vaterland aller Werktätigen maßlose Verstärkung erfährt, sondern daß darüber hinaus auch die revolutionären Organisationen des Proletariats in den sogenannten westlichen Ländern im verstärkten Trommelfeuer einer antibolschewistischen Propaganda stehen werden. Die interkonfessionelle Pfaffenhetze im Berliner Sportpalast, die verlogenen Meldungen der sozialdemokratischen Blätter der letzten Zeit über die Sowjetunion sind gewissermaßen erst ein kleiner Auftakt für das Echo, daß der Schädlingsprozeß und das unerbittliche Urteil des proletarischen Klassengerichts in jenen Kreisen auslösen wird.

Da gilt es, dem Geschrei über den „roten Terror“ Aufklärung über das Wesen des proletarischen Staates und seines sozialistischen Aufbaus entgegenzusetzen und im Zusammenhang damit die Rolle jener Schädlinge zu enthüllen, die sich unter heuchlerischen Loyalitätsbeteuerungen in die Wirtschaftsmaschinerie des Arbeiterstaates einzuschleichen verstanden haben: nicht um sie zu fördern, sondern um sie zu zerstören.

Diesen „Menschenfreunden“ gegenüber ist ganz klar zum Ausdruck zu bringen, daß es doch etwas ganz anderes bedeutet, ob ein faschistisches Gericht Arbeiter und Bauern erschießen läßt, die sich gegen „Hungertod bei vollen Scheunen“, oder gegen Schlächtertod für die Geldsäcke einer Minderzahl von

Drohnen wehren — oder ob ein Arbeitsvolk von 150 Millionen, das friedlich arbeiten und seine Wirtschaft und Kultur aufbauen will, eine Handvoll heimtückische Verräter erschießen läßt, die die „gute alte Zarenzeit“ mit Wodka, Analphabetismus, Aberglauben, Polizeiknute und 1 Rubel Lohn bei achtzehnstündiger Arbeitszeit wiederherstellen und zu diesem Zweck die noch nicht vergessenen Schrecken eines neuen Interventionskrieges heraufbeschwören wollen.

Wer das Eine nicht will, muß das Andere wollen, ein Drittes gibt es nicht!

Nach Angaben des Leiters dieser Schädlingsorganisation, Professors Ramzin, der wie alle übrigen verhafteten Mitglieder des Zentralkomitees dieser illegalen Partei ein Geständnis ablegte, umfaßte diese Verschwörung zur Unterminierung der Sowjetmacht nicht weniger als 2000 Personen, von denen sich 400 bis 500 auf leitenden Posten innerhalb der Wirtschaft befanden.

Das politische und ökonomische Programm dieser Partei setzte sich die Wiedereinführung des kapitalistischen Regimes zum Ziel, und zwar in Form einer bürgerlich-demokratischen Republik, die sich auf die industrielle Bourgeoisie und die starke individuelle Bauernwirtschaft stützt. Alle Großbetriebe und auch Großgrundbesitze sollten ihren ehemaligen Eigentümern zurückerstattet werden.

Während der ersten Periode nach dem Umsturz sollte eine Militärdiktatur zwecks schonungsloser Abrechnung mit der Arbeiterklasse, und vor allen Dingen mit den Kommunisten, entfesselt werden. Die furchtbaren Greuelthaten der französischen Interventionstruppen, die 1918/19 in der Ukraine gegen 40 000 bestialisch gemordeten Menschen das Leben kosteten, diese massenhaften Verstümmelungen, Vergewaltigungen, Auspeitschungen selbst von Kindern durch die „Befreier“ sollten also nach dem Willen dieser getarnten Weißgardisten eine verzehnfachte Neuauflage erleben.

Die Rolle des Diktators sollte der ehemalige Diktator der Bourgeoisie vor der Oktoberrevolution in Leningrad, Paltschinski, spielen.

Wirtschaftliche und wissenschaftliche Auslandsreisen dieser Spezialisten wurden dazu mißbraucht, sich mit den im Ausland befindlichen früheren Kapitalisten, die sich in der Organisation „Torgprom“ zusammenschlossen, in Verbindung zu setzen. Um die Intervention nach Möglichkeit sicherzustellen, sagte der Ingenieur Fedotow aus, erhielten die Leiter der „Torgprom“ schon vor zwei Jahren eine Audienz beim französischen Präsidenten Poincaré, der sich bereit erklärte, diese Frage dem französischen Generalstab zu unterbreiten. Kennzeichnend für diese „Patrioten“ ist auch, daß sie große und wertvolle Teile ihres „Vaterlandes“ bereits den imperialistischen Räubern zugesichert hatten.

Diese Gesellschaft hat aber ihre Rechnung ohne die wachsenden Augen des Arbeiterstaates gemacht, der im geeigneten Augenblick dieses Hornissennest zertrat. Weder das Terrorgeschrei der ertappten imperialistischen Helfershelfer, noch die Proteste sogenannter bürgerlicher Intelligenzler über die „vergewaltigte Wissenschaft“ wird die überführten Schuldigen davor schützen, die volle Strenge der proletarischen Justiz zu erfahren.

Das Proletariat aller Länder hat in seinen gewaltigen Aufmärschen am 1. Mai und 1. August, in unzähligen anderen Demonstrationen und aktiven Manifestationen bekundet, daß es keinen Angriff auf sein wahres Vaterland dulden wird. Die kapitalistischen Machthaber haben daraus den Schluß gezogen, daß nur der verschärfte Terror im eigenen Land, der sich bis zum weißen Schrecken steigert, die Mobilisierung seiner Armeen, die Sicherung seiner Aufmarschgebiete und Etappen sichern kann. Die furchtbaren Verfolgungen der französischen Arbeiterpresse wegen antimilitaristischer Artikel, die Zersetzungsurteile des deutschen Reichsgerichts, die Bluturteile der Kriegsgerichte in Lettland, Estland und Litauen, sie entspringen denselben Absichten wie der Lappo-Banditismus in Finnland, die Massenmetzeleien in den polnischen Teilen der Ukraine und West-Weißrußlands, die Spionenhetze in Rumänien, die Massenausweisungen in den Vereinigten Staaten usw., nämlich der Sicherung der rückwärtigen Verbindungen im kommenden großen Kreuzzug gegen die Sowjetunion.

Aus diesen ganz klaren Zusammenhängen erhellt, daß gerade auch die Organisationen der Roten Hilfe, die sich die Bekämpfung des weißen Terrors zu ihrer Hauptaufgabe gestellt haben, diesem Prozeß erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken haben. Die Hintergründe müssen aufgeheilt, die Zusammenhänge aufgedeckt, die roten Helfer für die Verteidigung der Sowjetunion mobilisiert werden.

## Der weiße Terror in Polen wütet wie nie zuvor

Von Wranski

Ab Mitte des Jahres 1926, seit dem Bestehen des faschistischen Regimes, verschärfen sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vor Fäulnis auseinanderfallenden kapitalistischen Stabilisation und die immer mehr politischen Charakter annehmende Krise des polnischen Faschismus immer weiter. Gleichzeitig sind Morde, brutale Repressalien, Massenverhaftungen, Zuchthausurteile und in letzter Zeit auch Todesurteile (Lemberg, Lublin) zu einer Alltagserscheinung geworden. Es ist dies die Antwort der faschistischen Henker Polens auf den Hunger nach sozialer und nationaler Freiheit, auf den Arbeitshunger, den Landhunger und Hunger im wahren Sinne des Wortes, der die Millionenmassen der Arbeiter und Bauern quält.

Die wutentbrannten faschistischen Banditen versuchten jeden Ausdruck der revolutionären Befreiungsbewegung der Arbeiter und Bauern Polens, der West-Ukraine und West-Weißrußlands blutig zu unterdrücken. Bei dieser Schandarbeit wird der polnische Faschismus auf jede Art von den sozialfaschistischen Lakaien aus der PPS., dem Bund, der Bauernpartei (Stronnitzstwo Chlopske), der Wswoleńja und den Sozialfaschisten der West-Ukraine und West-Weißrußlands unterstützt. Die schwersten Verfolgungen hageln auf die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung und auf ihre aktivsten Führer, die Funktionäre der KPP., der KP. der West-Ukraine, der KP. West-Weißrußlands, der revolutionären Arbeiter- und Bauernjugend nieder. Im Jahre 1927 hat der polnische Faschismus aus den Reihen der revolutionären Arbeiter und Bauern 5361 ihrer besten Kämpfer durch Verhaftung und Einkerkerung gerissen, hunderte Ermordete und Verwundete tranken mit ihrem Blut die Straßen der Städte und Dörfer. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der Verhaftungen schon mehr als 6000.

Das Jahr 1929 erwies sich als ein Jahr der Erweiterung und Vertiefung der Krise, die allmählich alle Gebiete der Industrie (mit Ausnahme der Kriegsindustrie), erfaßt und sich auch auf das Land ausdehnt, als ein Jahr der immer heftiger werdenden Massenverhaftungen und -verfolgungen. Es brachte die restlose Auflösung der revolutionären Gewerkschaften in ganz Polen und die Liquidierung der Ueberreste an Schulen und Kulturbehörden der Arbeiter und Bauern in der West-Ukraine und Weißrußlands. Ende des Jahres 1929 betrug die Zahl der Verhafteten fast 8000 Personen (7896).

Mit dem Steigen der Zahl der verhafteten revolutionären Arbeiter und Bauern wächst auch die Zahl der Zuchthausurteile und die Zahl der verhängten Jahre Einkerkerung. Für die faschistischen Würger der revolutionären Bewegung sind die Normen der Zuchthausurteile der früheren Zar-Nikolaus-, Kaiser-Wilhelm- und Franz-Josef-Regierungen schon nicht mehr ausreichend. Die faschistischen Henker erachten sie zu milde, weil sie die Welle der revolutionären Empörung der werktätigen Massen Polens, der West-Ukraine und West-Weißrußlands nicht mehr aufzuhalten vermögen. Daher verhängt das faschistische Gericht in der Regel Strafen in der Höhe von 8 bis 15 Jahren. In den wichtigsten Zentren der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung werden selbstverständlich auch die höchsten Zuchthausstrafen verhängt. Im Jahre 1929 fallen im Durchschnitt auf jeden verurteilten politischen Gefangenen fast 4 Jahre Zuchthaus (nach amtlichen Angaben sind 736 Personen zu insgesamt 2659 Jahren Zuchthaus verurteilt).

In diesem Jahre werden in den faschistischen Kerkern Pilsudskis über 5000 politische Gefangene gezählt, wobei diese Angaben noch nicht vollständig sind, da die letzten Monate des Jahres 1930 noch viele Verhaftungen und Verurteilungen bringen werden. Gerade jetzt sind die Massenverhaftungen, Morde und Mißhandlungen in ganz Polen eine fast alltägliche Erscheinung. Der Grund hierfür ist in der Vertiefung der Wirtschaftskrise in der Stadt und auf dem Lande, in der Gegenoffensive des Proletariats und der werktätigen Bauernschaft, in den bevorstehenden Wahlen und hauptsächlich in der Vorbereitung des Krieges gegen die SU. zu suchen. Diese Ursachen stimulieren das faschistische Regime zu einer Verschärfung der Verfolgungen und Repressalien gegen die Befreiungsbewegung der Arbeiter und Bauern. Die Verhaftungen werden öfter und tragen ausgesprochenen Massencharakter (August, September, Oktober). Sie erstrecken sich auf die Städte, wie auch auf das Land und sind in der West-Ukraine und West-Weißrußland zahlreicher als in Polen selbst.

Fast alle revolutionären Gewerkschaften, alle Kultur- und Aufklärungsvereine wurden geschlossen, fast alle Schulen in der West-Ukraine und in West-Weißrußland sind liquidiert und viele Schüler verhaftet. Das ist ein anschauliches Bild der räuberischen Tätigkeit des Faschistenregimes Pilsudskis. Hunderttausende Arbeiter in den Städten und Millionen Landarbeiter und landarmer Bauern auf dem Lande leiden Hunger im Zusammenhang mit der Krise, der Erwerbslosigkeit und werden auf das schrecklichste von den faschistischen Behörden, den Kapitalisten und Gutsbesitzern unterdrückt und ausgebeutet. Die faschistische Banditenmacht Pilsudskis fühlt es nur zu gut, daß der Tag des entscheidenden Kampfes der hungernden werktätigen Massen bald anbrechen wird. Die antifaschistische Gegenoffensive der Arbeiter und Bauern entfaltet sich immer breiter, wird immer größer und stärker. Es nähert sich der offene Kampf, nicht in dem unter faschistischer Kontrolle gewählten Sejm, sondern in den Straßen der Städte und auf dem Lande. Dafür zeugt der immer mutigere antifaschistische Massenaufmarsch der Arbeiter und Bauern Polens, der West-Ukraine und West-Weißrußlands. Häufiger werden die blutigen Zusammenstöße zwischen den Werktätigen und der Polizei. Die keinen Ausweg aus der immer schärfer werdenden Krise ihrer Wirtschaft findende und in allen Fugen krachende faschistische Herrschaft Polens erweitert und vertieft die Repressalien.

In blutiger Unterdrückung, höllischen Foltern, in verschärfter Ausbeutung und Schikanie der sich zum Kampf gegen den Faschismus erhebenden Arbeiter und Bauern sucht die faschistische Regierung des Henkers Pilsudski verzweifelt die Rettung aus den unüberwindlichen Schwierigkeiten ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft zu finden. Sie glaubt die revolutionäre Bewegung der gequälten Bevölkerung abwürgen zu können und so den Weg zur Verstärkung der Kriegsvorbereitungen gegen das Vaterland des internationalen Proletariats, die große Union der Länder des im Aufbau begriffenen Sozialismus, die SU., zu ebnen, um so ihre, dem werktätigen Volke verhaßte Herrschaft zu verlängern. Das ist die Parole des Lebens oder des Todes des faschistischen Regimes Polens. Indem sie auf Rechnung der dem Hunger und Elend preisgegebenen werktätigen Massen fieberhaft rüstet, Kriegsvorräte und Ausrüstungsgegenstände (bei völligem Stillstand der Industrie und einer nie dagewesenen Krise auf allen Gebieten der Wirtschaft) im Massenmaßstabe produziert, Anti-Sowjetkonferenzen organisiert (Warschauer Agrarkonferenz) oder an ihnen teilnimmt (Rumänien, Balkan), Generalstäbler und Minister Frankreichs, Rumäniens und des Baltikums bei sich empfängt und wieder eigene Abgesandte dorthin entsendet, bereitet sich die Regierung Pilsudskis zu einem Raubkriege gegen die SU. vor und strebt die aktive Unterstützung seitens aller kapitalistischen Staaten bei diesem herannahenden Kriege an. Gleichzeitig mit diesen Kriegsrüstungen und unabhängig von der systematischen Vernichtung der revolutionären politischen Gefangenen durch Hunger, blutige Unterdrückung und Zuchthausurteile bringt die faschistische Regierung Pilsudskis schon seit einigen Monaten in der West-Ukraine unerhörte, dem Mittelalter entstammende barbarische Methoden des Kampfes gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern in Anwendung. Die Strafexpeditionen des

polnischen Faschismus vernichten mit Feuer und Schwert ganze Dörfer, die dem Erdboden gleichgemacht werden, und ihre Bewohner. Die Henkersknechte des Henkermarschalls ermorden Hunderte revolutionärer Arbeiter und Bauern, die sich gegen den unerträglichen nationalen, sozialen und politischen Druck der faschistischen Gutsbesitzer wehren. Bei den in allen Bezirken der West-Ukraine von den Banditen der faschistischen Regierung in Polizei- und Militäruniform vorgenommenen Durchsuchung ganzer Dörfer werden die Bauern mit dem Gewehrkolben mißhandelt, öffentlich ausgepeitscht, man läßt sie Spießruten laufen, Mädchen und Frauen werden geschändet. Hunderte von Bauern erleiden von den Mißhandlungen den Tod oder werden zu Krüppeln geschlagen. Bei dem geringsten Widerstande oder Protest werden Massenverhaftungen vorgenommen.

Der blutige weiße Terror wütet im faschistischen Polen wie nie zuvor. Niemals sind die Arbeiter und Bauern in solch unerhörtem Ausmaße verfolgt worden wie gegenwärtig. Dieses ist der letzte, bestialische blutige Weg, den die barbarische Faschistenmacht eingeschlagen hat, um die Kapitalisten und Gutsbesitzer vor dem gerechten Zorne der Volksmassen zu schützen. Die Antwort der revolutionären Arbeiter und Bauern auf die blutige Unterdrückung seitens der faschistischen Mordbrenner besteht in dem noch engeren Zusammenschluß der polnischen Arbeiter und Bauern mit den schaffenden Massen in der West-Ukraine und in West-Weißrußland zur gemeinsamen antifaschistischen Kampffront und in der Verstärkung und gegenseitigen Unterstützung ihres revolutionären Befreiungskampfes.

In der revolutionären Einheitsfront gegen den polnischen Faschismus marschiert auch die RH. Polens in den ersten Reihen. Ungeachtet der schweren Schläge und heftigen Verfolgungen marschiert sie, gestützt auf die internationale Solidarität der Arbeiter und Bauern aller Länder, trotz tiefer Illegalität ungebrochen, in treuer Kampfgemeinschaft mit den werktätigen Massen Polens, der West-Ukraine und West-Weißrußlands dem entscheidenden Kampfe entgegen. Durch die Erfüllung ihrer speziellen Kampfesaufgaben wird sie nicht wenig zu dem Siege der revolutionären Werktätigen über das polnische faschistische Gewaltssystem und zur Befreiung der unterdrückten Arbeiter und Bauern beitragen.

Die internationalen Massen der Arbeiter und Bauern in allen Ländern müssen durch ihre aktive Hilfe und ihre praktischen revolutionären Solidaritätsaktionen diesen Kampf unterstützen und den revolutionären Opfern ihr schweres Schicksal erleichtern.

Die RH.-Organisationen in allen Ländern und die einzelnen Roten Helfer müssen den Tribut ihrer internationalen Solidarität dadurch erbringen, daß sie die breiten Massen der Werktätigen unermüdlich aufrütteln, organisieren und zum Kampfe führen, um den Hungerfeldzug des polnischen Faschismus durch einen machtvollen internationalen Proteststurm zurückzuweisen.

## Endloser weißer Terror in Rumänien

Von G.

Die anwachsende revolutionäre Offensive der werktätigen Massen im Westen und Osten stößt auf den wütendsten Widerstand aller Kräfte der kapitalistischen Welt. Die Befestigung der SU., der Aufstieg des sozialistischen Aufbaus, die kolossalen Errungenschaften der Werktätigen der SU. im Kampfe für die Liquidierung des Großbauerntums als Klasse, der Massenübergang Millionen von Klein- und Mittelbauern zur Kollektivwirtschaft wirken im höchsten Grade anfeuernd auf die revolutionären Strömungen der Arbeiter und Bauern in den kapitalistischen Ländern. Begeistert sehen die unterdrückten nationalen Minderheiten in den kapitalistischen Staaten auf die SU. mit ihrer sozialistischen Lösung des Nationalitätenproblems und schöpfen daraus neue Kräfte und Mut zum Kampfe für ihre Befreiung. Immer enger schließt sich die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter und Bauern gegen das Hunger- und Terrorsystem der internationalen

Bourgeoisie zusammen; während der sich durch seine eigenen Widersprüche zersetzende Kapitalismus verzweifelte Anstrengungen macht, die fortschreitende Wirtschaftskrise zu überwinden. Krieg gegen die Sowjetunion, Wiederaufrichtung der kapitalistischen Herrschaft im Lande des aufbauenden Sozialismus, vollständige Unterdrückung der arbeitenden Massen zum Zwecke ihrer schrankenlosen Ausbeutung ist das Programm der internationalen Bourgeoisie, welches sie durch ihren verschärften kapitalistischen Angriff durchzuführen versucht. Durch Hunger, Kerker, Folter will sie ihr Ziel, die politische und wirtschaftliche Knechtung der werktätigen Massen erreichen. Am heftigsten richten sich deshalb die faschistische Gewalt und der weiße Terror gegen die revolutionären Führer und Organisationen und die Träger der nationalen Befreiungsbewegungen.

Auch die sich in den Krallen der furchtbaren Wirtschaftskrise windende rumänische Bourgeoisie sucht nach dem rettenden Ausweg. Sich der „Logik“ des Kapitalismus fügend, rüstet sie auf Befehl der imperialistischen Großmächte und aktiv von den Sozialfaschisten unterstützt auf jegliche Art und Weise zum Kriege gegen die SU. Schon vor der Ankunft des neuen Königs stöhnten die rumänischen Arbeiter und Bauern und nationalen Minderheiten unter der Politik der schonungslosen Unterdrückung und faschistischen Gewaltherrschaft ihrer Bourgeoisie. Jetzt ist es noch ärger geworden. Seit der Thronbesteigung Karls, der die Kriegshetze und Rüstungen gegen die SU. noch mehr verstärkte und sich an die Spitze der faschistischen Diktatur stellte, hat der Terror gegen die rumänischen Werktätigen und die nationalen Minderheiten Massencharakter angenommen. Das Eintreffen des neuen Königs war von einer breiten Verfolgungswelle begleitet, die in Massenverhaftungen, Mißhandlungen und der Verhängung von Jahrhunderten Kerkerstrafe ihren Ausdruck fand.

Am 11. Juni wurden in Kischinew von der Polizei und dem Militär über 80 Arbeiter (darunter eine Anzahl Jugendlicher) verhaftet. Ohne Unterschied wurden sie unerhörten Foltern in der Präfektur unterzogen. 7 Arbeiter wurden dem Gericht übergeben.

Unter dem Verdacht, an der Verbreitung eines anlässlich der Ankunft Karls erschienenen kommunistischen Manifestes beteiligt zu sein, wurden in Baku 7 Arbeiter verhaftet, gefoltert und 4 von ihnen zu Kerkerstrafen bis zu 2 Jahren verurteilt. In Benderi erfolgte die Verhaftung von 13 Arbeitern, unter diesen der Eisenbahner Schipkoff, Mitglied des Bezirkskomitees des Arbeiter- und Bauernblocks, welcher im März in den Stadtrat gewählt worden war. Drei Wochen lang folterte man ihn bestialisch. Man band ihn an einen Tisch, verprügelte ihn bis zur Bewußtlosigkeit, begoß ihn mit kaltem Wasser und warf ihn, nachdem er die Besinnung wieder erlangte, andauernd gefesselt in die Höhe, daß er mit dem Kopfe an die Decke anschlug. Als die Martern nicht zu dem Erfolge führten, von ihm ein Geständnis zu erpressen, wurde er dem Militärgericht eingeliefert.

Wie das faschistische Rumänien mit streikenden Arbeitern umgeht, geht aus den Ereignissen im Zusammenhange mit dem Streik in der Textilfabrik von Buhusche (Altrumänien) hervor. In der Fabrik sind 4500 bis 5000 Arbeiter beschäftigt, die zum großen Teil aus Bessarabien, der Bukowina und Transylvanien stammen. Es gibt dort noch ungefähr 100 polnische Facharbeiter, welche höhere Entlohnung erhalten. Auch Bauern aus den Nachbardörfern arbeiteten in der Fabrik. Infolge der Zurückhaltung des Arbeitslohnes und wegen ungerechtfertigter Entlassung kam es zum Streik. Sofort wurde Gendarmerie aufgeboden, doch setzten sich die Arbeiter zur Wehr und verjagten die Gendarmen. Daraufhin verstärkte die Regierung das Aufgebot der Gendarmen und schickte den sozialdemokratischen Führer Stroje in den Betrieb, um die Arbeiter zur Arbeitsaufnahme aufzufordern. Als die Arbeiter die Arbeitsaufnahme verweigerten, wurde Befehl zum Schießen gegeben. Ueber 60 Arbeiter und Bauern wälzten sich im Blute. 150 bessarabische Arbeiter wurden einfach abgefangen und unter verstärkter Bewachung in das bessarabische Inspektorat der Siguranza abgeführt. Nach Passierung der „Maschine der Siguranza“ (ein geflügeltes Wort der Siguranzaagenten für die systematische Auspeitschung und Folterung) wurden sie gewaltsam in ihren Heimatsort abgeschoben.

Die rumänischen Staatsmänner vom Schlage des Arbeitermörders von Lupeni, des Innenministers Wajda Wojwod, lieben offiziell zu erklären: „In Rumänien gibt es keinen Kommunismus“. Der frischgebackene König Karl ging in seinem Zynismus so weit, gegenüber Journalisten zu erklären: „Ich gestatte den Arbeitern, selbst im Schloß Demonstrationen zu veranstalten, wenn sie nur keine Fenster dabei einschlagen.“ Wie stark aber die Furcht der rumänischen Machthaber vor der revolutionären Bewegung ist und welchen Wert diese Art von Erklärungen haben, kann man z. B. an folgenden Pressemeldungen über die Verhaftungen am 1. August ersehen:

„Victorul“, 31. 7. 1930 . . . in Orgejewa wurden wegen Vorbereitung zum 1. August Weinstock, Tewermann, Wunder und Malowata verhaftet;

„Aveverul“, 2. 8. 1930 . . . in Bukarest wurden 200 Arbeiter verhaftet;

„Diminieata“, 3. 8. 1930 . . . in Cernovitz wurden 60 Arbeiter verhaftet;

„Diminieata“, 2. 8. 1930 . . . in Tigrin erfolgte die Verhaftung einer Gruppe kommunistischer Studenten, bei welchen man einen Schapirograf und Flugblätter vorfand;

„Bessarabskoje Slowo“, 31. 7. 1930 . . . in Cluj (Transylvanien) wurden 24 kommunistische Führer festgenommen. Als in Bukarest die Siguranza die Kommunistin Jana Scherbanescu nicht auffinden konnte, verhaftete sie deren alte Mutter, welche man 3 Tage lang mißhandelte, um von ihr den Aufenthalt der Tochter zu erfahren. Im Zusammenhang mit einer kommunistischen Versammlung wurden in Kischinew am 1. August 24 Personen (16 Männer, 8 Frauen) verhaftet. Dieser Verhaftung folgten weitere, insgesamt wurden 125 Personen festgenommen. Nach einer bereits vorher aufgestellten Liste wurden in Kischinew von der Siguranza 400 Personen in Verbindung mit dem 1. August verhaftet. Bei der Polizei- und Siguranza-Razzia in Kischinew wurden noch weitere 116 Personen festgenommen. 2 Mädchen wurden beim Ankleben von Plakaten ertappt und abgeführt.

„Victorul“, 5. 8. 1930 . . . In Galatz wurden am Vorabend des 1. August 67 Arbeiter zwangsgestellt. In Breschau erfolgte die Verhaftung des Arbeiters Ilias. Nach einer Reihe von Ueberfällen wurden noch 20 Kommunisten verhaftet.

Die rumänische Bourgeoisie beschränkt sich jedoch nicht allein darauf, vorläufige Verhaftungen begleitet von Mißhandlungen an den Vorabenden revolutionärer Kampftage vorzunehmen. Sie geht in ihrem Bestreben, den revolutionären Aufschwung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen gewaltsam niederzudrücken, bedeutend weiter. Der Druck und die Unzufriedenheit verursachen spontane Streiks der Arbeiter und Aufstände der Bauern. Erbarmungslose Repressivmaßnahmen werden gegen dieselben angewendet. So wurden im Bezirk Sucsava (Bukowina) 600 Bauern verhaftet; 80 schmachten noch jetzt im Gefängnis in der Erwartung ihrer Verurteilung. In letzter Zeit erfolgte in Nord-Bessarabien die Verhaftung von 500 landarmen Dorfbewohnern.

Von Tag zu Tag vervollständigt die faschistische Diktatur Rumäniens ihre Terrormittel, um vor allen Dingen die revolutionäre Arbeiterbewegung ihrer Führer zu berauben.

Mitte Juli nahm die Siguranza in Bukarest die Verhaftung Alexander Petrenkos, eines entschlossenen revolutionären Kämpfers, vor. Alle Anstrengungen, ihm Angaben über seine revolutionäre Tätigkeit zu entreißen, scheiterten. Er erklärte: „Ich bin Kommunist und trage die Verantwortung für meine Tätigkeit nur vor der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft.“ Des weiteren setzte Petrenko allen Folterungen, Mißhandlungen und grausamen Schikanen seiner durch diese Antwort zur höchsten Wut gereizten Peiniger eisernes Schweigen entgegen. Mit revolutionärer Standhaftigkeit ertrug er die Qual der Fesselung an Händen und Füßen, durch die seine Glieder blutunterlaufen anschwellen. Immer wieder wurde er von neuem mißhandelt, um nachher wieder in Ketten gelegt zu werden. Nach monatigem

„Verhör“ und oftmaliger Ueberführung aus der Siguranza in Bukarest nach Kischinew und zurück wurde er, abgezehrt, entkräftet, schwer mißhandelt, dem Kriegsgerichte eingeliefert. Dort wird die Marter fortgesetzt. Jede Nacht wird er aus dem unterirdischen Kerkerloche im Kischinewer Gefängnis herausgezerrt und „spazieren“ geführt. An Händen und Füßen mit Ketten gefesselt, wird er nun „ohne irgendwelche Aussagen mehr zu verlangen“, grausam gefoltert. Die sadistischen Peiniger scheuen vor keiner Brutalität zurück und haben ihn bereits in einen lebenden Leichnam verwandelt. Der ganze Körper ist mit blutenden Wunden, den Spuren der „nächtlichen Spaziergänge ins Büro der Gefängnis-administration“, bedeckt.

So rechnet die rumänische faschistische Bourgeoisie mit den Führern der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung ab. Auf diese Art wird das schon allzu stark entlarvte Mittel „des Erschießens bei Fluchtversuch“ durch ein neues „an Krankheit gestorben“ ersetzt.

Die Folter, Morde und Jahrhunderte Kerkerhaft sind jedoch nicht imstande, den revolutionären Kampfgeist der rumänischen Arbeiter und Bauern zu brechen. Je fürchterlicher der faschistische Terror tobt, um so mehr beschleunigt er sein eigenes Ende; um so mehr trägt er zur Ausdehnung und Vertiefung des revolutionären Klassenkampfes bei.

Die revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen kämpfen in Rumänien heroisch gegen die faschistische Offensive. Aber auch das internationale Proletariat, die breiten Massen der Arbeiter und werktätigen Bauern in allen Ländern müssen diesen Kampf durch ihre internationalen Solidaritätsaktionen gegen das faschistische Terrorregime der rumänischen Bourgeoisie durch einen Proteststurm gegen die Foltermethoden der Siguranza und rumänischen Kriegsgerichte tatkräftig unterstützen. Die Organisationen, welche Patenschaften über die rumänischen Gefängnisse übernommen haben, müssen Initiative und aufs höchste gesteigerte Aktivität entwickeln, um das blutige Terrorsystem der rumänischen Bourgeoisie anzuprangern. Die Patenschaftsorganisationen müssen an der Spitze der internationalen Protestkampagne schreiten, sie dürfen kein Mittel unversucht lassen und müssen neue Wege finden, den gemarterten und gefolterten politischen Gefangenen in Rumänien Hilfe zu bringen. Sie dürfen es nicht zulassen, daß das barbarische Vernichtungssystem der rumänischen Bourgeoisie, welches bereits unzählige Opfer forderte, welches die revolutionären Helden Max Goldstein und Chaja Lipschitz mordete, weiter triumphiert.

## **Kampf dem weißen Terror der Dollarbourgeoisie**

Verstimmt sind die Hymnen der bürgerlichen National-Oekonomen, der reformistischen und sozialfaschistischen Arbeiterführer. Die vielgepriesene „Prosperity“ der USA. ist zu Ende. Unaufhaltsam wälzt sich die fürchterliche Weltwirtschaftskrise — von den Vereinigten Staaten ausgehend — über den gesamten Erdball. Die amerikanische Dollarbourgeoisie ist von Panik ergriffen, und vergebens sucht Hoover, der amerikanische Präsident, durch seine optimistischen, der Wirklichkeit ins Gesicht schlagenden Tiraden darüber hinwegzutäuschen, daß die kapitalistische Krise immer tiefer in das amerikanische Wirtschaftsleben eindringt, die Erwerbslosigkeit erschreckenden Umfang annimmt, die Arbeiterlöhne weit unter das bescheidenste Lebensniveau herabgedrückt wurden. Die Hauptindustriezweige haben ihre Produktion bis 60 Prozent reduziert; viele Betriebe und Fabriken sind vollständig geschlossen. Unzertrennlich mit der sich in periodischen Börsenkursstürzen austobenden Industrie- und Finanzkrise ist die gleichzeitige Agrarkrise verbunden. Sie äußert sich im ständigen Sinken der Preise für landwirtschaftliche Produkte und macht infolge der niedrigen Viehpreise die Viehzucht verlustbringend.

Im reichsten kapitalistischen Lande der Welt ist die Erwerbslosenziffer bereits auf 9 Millionen gestiegen, die vielen Millionen Kurzarbeiter nicht eingerechnet. Die ohnehin mageren Arbeitslöhne werden durch die Konkurrenzarmee Millionen hungernder und obdachloser Erwerbsloser ständig weiter bedroht. Die Unternehmer nützen dies reichlich zur Herabsetzung der Arbeitslöhne aus und versuchen die gesamte Arbeiterschaft auf den Lebensstandard des schwächsten, am stärksten ausgebeuteten und unterdrückten Teiles der amerikanischen Arbeiterschaft — der Negerarbeiter in den Südstaaten — herabzudrücken.

Die Wege der amerikanischen Bourgeoisie zur Ueberwindung der Krise sind dieselben, die eigentlich materiell zu ihrer Entstehung beigetragen haben, und zwar: verschärfte Rationalisierung der Arbeitsmethoden, Verlängerung der Arbeitszeit, technische Verbesserungen zwecks Produktionssteigerung mit verminderten Arbeitskräften, Lohndruck, grenzenlose Vermehrung und Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit. Für die breiten Massen der Werktätigen bedeutete dieses fürchterliche Antreibesystem des Fließbandes in Verbindung mit der Senkung ihrer Kaufkraft und bei dem Mangel jeder Art von Sozialversicherung eine Hungerzukunft, frühes Siechtum, Invaldität und vorzeitigen Tod.

Dagegen haben die breiten Massen der Werktätigen den Weg des Klassenkampfes beschritten. Sie begannen zu begreifen, daß jedes Zurückweichen den unersättlichen Appetit der Bourgeoisie noch mehr reizt und die drohende Kriegsgefahr noch näher heranrückt. Die vielen Millionen weißer und schwarzer Sklaven des amerikanischen Imperialismus haben begriffen, daß dieser Krieg, zu dem die amerikanische Bourgeoisie so rasend rüstet, ein imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Weltmärkte und vor allem ein konterrevolutionärer Krieg gegen die Sowjetunion sein wird. Die Arbeiter Amerikas wissen, daß die Untersuchungskommission Fish über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Amerikas, der Lärm über den angeblichen Dumping der Sowjetunion am Weizenmarkt u. a. nur die einleitenden Attacken für die beharrlich vorbereitete wirtschaftliche Blockade der Sowjetunion sind. All dies zusammen ergibt die Grundlage für die gesteigerte Aktivität der breiten Massen der Werktätigen Amerikas in der revolutionären Klassenkampfbewegung.

Am 6. März, dem internationalen Erwerbslosentag, erkämpften sich 200 000 revolutionäre Arbeiter in den amerikanischen Städten gegen den brutalen Polizeiterror ihr Recht auf die Straße. Am 1. Mai und am 1. August konnten die Verbote, die Tränengasbomben und Salven der Polizisten nicht verhindern, daß Hunderttausende ihre Kampfbereitschaft gegen den imperialistischen Krieg und ihre Bereitschaft zur Verteidigung der Sowjetunion demonstrierten. Erbitterte Streikämpfe dehnten sich über das ganze Land aus. Die Streikenden setzen den provokatorischen Polizeiüberfällen und dem Terror der faschistischen Banden revolutionäre Gewalt entgegen. Von Maine bis Kalifornien, von der kanadischen Grenze bis zum Südende des Dollar-Reiches schließen sich die Arbeiter in den Betrieben mit den Erwerbslosen zum Kampfe gegen den wirtschaftlichen und politischen Terror der amerikanischen Bourgeoisie zusammen. In diesen revolutionären Klassenkämpfen stehen Neger, ausländische Arbeiter (Emigranten) und die weißen amerikanischen Proleten Schulter an Schulter. Der Geist der internationalen Kampfsolidarität verbreitet und vertieft sich.

Die amerikanische Bourgeoisie, die sich seit jeher durch besonderen Zynismus und besondere Brutalität gegenüber revolutionären Bewegungen der Werktätigen auszeichnete, die Mörderin von Sacco und Vanzetti, dieselbe Bourgeoisie, die seit 13 Jahren die Opfer des Justizkomplottes Billing und Mooney trotz ihrer erwiesenen Unschuld gefangen hält, hat ihren weißen Terror noch mehr verschärft. Eine ungeheure Terrorwelle überflutet das ganze Land. Straßenscharmelen (im Einvernehmen und mit Unterstützung der Behörden) wüten faschistische Banden wie „Ku-Klux-Klan“, „Schwarzhemdenhorden“, „Amerikanische Liga“ und die „bezahlten Horden der Unternehmer“ unter den Werktätigen. Lynchmord häuft sich auf Lynchmord. Insgesamt sind im Jahre 1930 bisher über 30 Lynchmorde an Negern verübt worden. Ermordungen revolutionärer Führer, Polizeiüberfälle, Verschleppungen und Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung. Scham- und

gewissenlose Klassenrichter werfen Tausende von revolutionären Klassenkämpfern in die amerikanischen kapitalistischen Kerker und begraben die besten Führer der Arbeiterklasse lebenslänglich in den Gefängnissen oder schicken sie auf den elektrischen Stuhl. Das Gefängnisregime ist raffiniert grausam. Die Gefangenen werden stundenlang in einem engen Kasten gesperrt, der nur eine fünf Zentimeter große Oeffnung in Mundhöhe zum Atmen hat. Erst dieser Tage wurde auf so grausame Art der Gefangene I. A. Marschall im Gefängnis Jefferson Countay in Alabama erstickt. Auf die Organisation von weißen und schwarzen Arbeitern in einer Gewerkschaft steht wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ die Todesstrafe. Organisatoren von Streiks und Demonstrationen erhalten bis zu 42 Jahren Zuchthaus.

Die aus dem „Sacco- und Vanzetti-Prozeß“ und dem „Billing- und Mooney-Prozeß“ bekannte Skrupellosigkeit der amerikanischen Klassengerichte konnte man neuerlich im Gastoniaprozeß, wo 177 Jahre Gefängnis verhängt, und in dem Prozeß gegen die streikenden Obstpflücker in Imperial Valley (Kalifornien), wo 5 Arbeiter zu je 42 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, wieder beobachten. Yetta Stromberg, eine 20jährige Lehrerin, erhielt wegen Hissens einer roten Fahne in einem Kinderferienlager 10 Jahre Gefängnis. Ebenso brutal verfährt die amerikanische Bourgeoisie gegen revolutionäre ausländische Arbeiter. Vom Januar bis Juni d. J. wurden nach der offiziellen Statistik des Arbeitsministeriums 8322 Arbeiter als „unerwünschte Elemente“ ausgewiesen. Es häufen sich die Fälle der Auslieferung von revolutionären Arbeitern in ihre faschistischen Heimatländer. Die breiten Massen der Werktätigen Amerikas führen gegenwärtig unter der Losung der I.L.D. einen entschiedenen Kampf gegen die geplante Auslieferung des italienischen Arbeiters Guido Serio an Mussolini und des Arbeiters Rade Radakowitsch an die jugoslawischen Henker.

Die amerikanische Bourgeoisie ist unermüdet. Schon holt sie zu neuen Schlägen gegen die revolutionäre Bewegung der Werktätigen aus. In kürzester Zeit werden die verhafteten Arbeiter Powers, Carr, Storrey, Burlak, Newton und Dalton und viele andere vor dem Klassengericht in Atlanta stehen. Wegen Organisation von Negern will man sie dem elektrischen Stuhl überantworten. Eine ganze Reihe solcher „Aufruhrprozesse“ ist in Vorbereitung; allein in Philadelphia gegen 15 Arbeiter. In Boston sitzt der Arbeiter Doherty unter der Anklage des Mordes, der nichts anderes verbrach, als in einem Streik als aktiver Streikposten aufzutreten. Unter den vielen hundert gegenwärtig in ganz Amerika Verhafteten droht nicht weniger als 20 Arbeitern die Todesstrafe.

Unter Aufbietung aller ihrer Kräfte führt die „Internationale Labour Defence“ (die Bruderorganisation der I.R.H.) den Kampf gegen den maßlosen weißen Terror der amerikanischen Bourgeoisie. Sie vereinigt in ihren Reihen die weißen und schwarzen Arbeiter Amerikas und die eingewanderten ausländischen Arbeiter in internationaler Klassensolidarität. Auch sie wird von der haßerfüllten amerikanischen Bourgeoisie heftig verfolgt. Die breiten internationalen Arbeiter- und Bauernmassen in allen Ländern und mit ihnen die antifaschistischen, intellektuellen Schichten müssen in energischer Weise diesen Kampf der amerikanischen Arbeiter und der I.L.D. unterstützen. Gegen die Barbarei der Lynchmorde an Negern, gegen die zynischen Justizmorde an revolutionären Arbeitern, gegen die grausamen Verfolgungen der Streikkämpfe und revolutionären Bewegungen durch den amerikanischen Faschismus muß sich ein internationaler Proteststurm erheben. Die Exekutive der I.R.H. wird ihre internationale Protestkampagne unter folgenden Forderungen führen:

1. Freilassung von Billing und Mooney und aller anderen lebenslänglich oder zu langjähriger Gefängnishaft verurteilten revolutionären Arbeiter.
2. Aufhebung aller reaktionären Gesetze gegen die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung (wie „Aufruhr“, „Aufwiegelung“, „verbrecherischer Syndikalismus“ usw.)
3. Kampf gegen die Lynchmorde; gleiches Recht für die Neger und alle anderen Rassen.

4. Aufhebung der Repressalien und Einschränkungen für politische und wirtschaftliche Emigranten und freies Asylrecht.

Wir wissen, wie die amerikanische Bourgeoisie entgegen den Millionenprotesten der Werktätigen aller Länder dennoch den Mord an Sacco und Vanzetti verübte. Daraus müssen wir erkennen, wie intensiv und breit unser diesmaliger Kampf gegen den weißen Terror in Amerika geführt werden muß, wollen wir den bedrängten amerikanischen Werktätigen Hilfe bringen und der amerikanischen Bourgeoisie ihre Kandidaten für den elektrischen Stuhl entreißen.

## Eine schamlose Lüge des italienischen Faschismus

(Ueber das Leben auf den italienischen Verbannunginseln)

Von X. C.

Der italienische Faschismus bewacht seine Opfer gut. Nur Einzelnen ist die gefahrenreiche Flucht von den schrecklichen Verbannunginseln gelungen. Der tiefe Eindruck, welchen die Schilderungen der furchtbaren Leiden der politischen Verbannten in der ganzen Welt hervorriefen, wird in letzter Zeit durch die Massenfucht italienischer Arbeiter und Bauern aus der faschistischen Hölle verstärkt. Wie furchtbar müssen die Leiden der gefangenen Opfer des Faschismus in den Gefängnissen und Verbannungsorten sein, wenn schon die „freien“ unter den italienischen Werktätigen die furchtbaren Entbehrungen tagelanger Gletscherwanderungen, auf pfadlosen Wegen auf sich nehmen und die Gefahr, in Eis und Schnee der Erschöpfung zu unterliegen, vorziehen, um nur mit dem nackten Leben der Herrschaft Mussolinis zu entrinnen.

Um diese furchtbaren Eindrücke abzuschwächen, erschien in der faschistischen italienischen Zeitung „La Stampa“ eine Artikelserie über die „Naturschönheiten“ der Verbannunginseln und das „fürstliche“ Leben der politischen Verbannten. Selbstverständlich ist „Maccario“ — der Schreiber der Artikel — ein ehemaliger aktiver Faschist von der wildesten Sorte und bekleidet zurzeit eine herrliche Stellung mit noch herrlicherem Einkommen. Die Artikel werden auch von ausländischen, vom italienischen Faschismus gekauften Zeitungen (wie das französische Blatt „Liberté“) veröffentlicht.

Bereits in der ersten Zeile beginnt Maccario mit einer Lüge. Er gibt an, im September 1930 den Verbannungsort auf der Insel Ponza besucht zu haben, während er „Freitag, den 16., bis Mittwoch, den 21. November 1929 — mit anderen Worten: gerade 10 Monate vorher — dort war. Es ist aber kein Geheimnis, daß gerade in den letzten 10 Monaten die Verbannten eine grausam wilde Behandlung erdulden mußten. Nachstehend lassen wir eine gedrängte Schilderung der Qualen der politischen Verbannten auf der Insel Ponza folgen, die im krassen Widerspruch zu der zitierten Artikelserie steht, und die Vernichtungsmethoden an den Pranger stellt, mit welchen der italienische Faschismus die Führer der revolutionären Bewegung der Werktätigen vernichtet.

Seit einem Jahrhundert ist Ponza der Hauptverbannungsort Italiens. Auf der Insel befinden sich derzeit über 400 politische Verbannte, der Mehrzahl nach Kommunisten. Die alte Strafanstalt hat zwei Hauptflügel, die aus einem langen Korridor mit zahllosen kleinen Zellen an beiden Seiten bestehen. Das Gebäude ist aus Bimsstein gebaut, die Wände tropfen vor Nässe. Der Boden unter den Zellen ist ausgehöhlt. Rauhe Bruchfelsen bilden die Diele des Korridors und der Zellen. An der emporragenden Zellenwand befindet sich in 3 Meter Höhe ein halbes Meter breites Gitterfenster. Niemals dringt ein Sonnenstrahl ein. Erstickende Moderluft erfüllt den engen, feuchtkalten Raum. Nachts durchdringt die Nässe die Kleider der Schlafenden. Morgens erheben sich die Verbannten

mit vollständig durchnässten Kleidern und erstarrten Gliedmaßen. Früher schlofen die Verbannten im Korridor eng aneinandergedrückt, um sich warm zu halten. Seit November 1929 ist dies untersagt. Tagsüber dürfen sich die politischen Gefangenen auf einem Zehntel der Gesamtfläche der Insel, d. i. auf einen halben Quadratkilometer, bewegen. Die Grenze ist durch Aufschriften markiert und ungemein streng bewacht. Die Milizsoldaten haben strengsten Befehl, bei dem geringsten Versuch, die Grenze zu überschreiten, sofort zu schießen.

Das Spitzelwesen und die Spionage sind auf das vollkommenste eingerichtet. Auf der Insel befindet sich auch eine Anzahl dissidenter Faschisten. Diese wohnen und essen zusammen mit den Nationalmilizsoldaten und leben mit diesen in bester Freundschaft. Von der Gefängnisverwaltung werden sie als Spitzel und Provokateure benützt. Im betrunkenen Zustande machen sie ihre „Besuche“ bei den politischen Gefangenen, provozieren und insultieren dieselben, um sie zu Zornesäußerungen zu reizen und zur Abwehr herauszufordern. Die „Verschwörung“ oder der „Aufstandsversuch“ ist fertig. Gleich kommen die Milizsoldaten heran, um die Verbannten mit Gewehrkolben und Ochsenziemern zu beruhigen. Dann erfolgt die Isolierung in den Strafzellen und der Prozeß. Findet sich noch ein mutiger Rechtsanwalt, der ihre Verteidigung übernimmt, so kann man diesen noch vor Ablauf des Prozesses selbst unter den Verbannten auf der Insel suchen. Die Rechtlosigkeit der Verbannten, welche unter mörderischen Gefängnisbedingungen auf Gnade und Ungnade ihren verrohten Peinigern ausgeliefert sind, ist so ungeheuer, daß viele politische Verbannte sich an den Innenminister wenden und um die „Gnade“ bitten, die „Naturschönheiten“ und das „fürstliche Leben“ für den Rest ihrer Verbannungsdauer mit irgendeinem Kerker im Lande vertauschen zu dürfen.

Die unmenschliche Behandlung, die furchtbaren Entbehrungen und Härten des Strafregimes, die ungesunden Bedingungen und der ewige Hunger durch die systematische Unterernährung brechen den kräftigsten und gesundesten Organismus. Nach kurzer Aufenthaltsdauer auf der Insel sind die politischen Verbannten zum Skelett abgemagert und werden von der Tuberkulose ergriffen. Die Erkrankten bleiben ohne ärztliche Hilfe und siechen pflegelos dahin. Das ist der Endzweck der Verbannung; die Reduzierung der revolutionären Führer und Organisatoren durch qualvolles, langsames Hinmorden.

Fünf- oder sechsmal erfolgt nachts die Zellenkontrolle. Die Milizpatrouillen dringen rücksichtslos lärmend in die Zellen ein, jedesmal hat der Verbannte aufzustehen und zu rapportieren. War schon die vollständige Isolierung von der Außenwelt durch die Unterbindung des Briefverkehrs (Nichtaushändigung der angekommenen und Zurückhaltung der von den Verbannten geschriebenen Briefe) eine furchtbare Verschärfung des Verbannungsregimes, so kommt das nunmehr auf höheren Befehl erfolgte unbedingte Sprechverbot einer systematischen Folterung der Verbannten gleich. Im Gespräche untereinander ertappte Verbannte werden empfindlich bestraft. Auf die Verletzung des Sprechverbots ist Kerkerstrafe bis zu 10 Monaten angesetzt, welche nicht in die Verbannungszeit eingerechnet wird. Ein raffiniertes System des italienischen Faschismus, die Verbannungszeit ins Endlose zu verlängern und dabei gleichzeitig die Opfer bis zum Wahnsinn zu quälen.

So sieht in Kürze dargestellt das „fürstliche Leben“ der politischen Verbannten auf der an „Naturschönheiten“ reichen Insel Ponza aus. Des weiteren wird die Exekutive der IRH unter den ehemaligen politischen Verbannten, welchen es gelang, der faschistischen Schreckensherrschaft Mussolinis zu entfliehen, authentisches Material sammeln, um die schamlose Lüge und den blutigen Hohn des Faschisten Maccario und der italienischen und ausländischen faschistischen Giftpresse unwiderruflich zu brandmarken.

Die breiten Massen der internationalen Werktätigen in allen Ländern müssen sich darüber klar sein, daß Mussolini die politischen Verbannten als „Geiseln“ und „Kriegsgefangene“ betrachtet, die unter ständiger Folter- und Todesandrohung gehalten werden, um die italienischen Werktätigen in ihrem revolutionären Kampfe gegen die blutige Gewaltherrschaft des Faschismus einzu-

schüchtern und zu terrorisieren. Darum müssen die Organisationen der IRH in allen Ländern die internationale antifaschistische Kampagne um ein Vielfaches verstärken. Wir müssen nicht nur die Schand- und Mordtaten des Faschismus und seine blutige Terrorherrschaft über die Werktätigen in aller Welt enthüllen, wir müssen auch unermüdet tätig sein, die Arbeiter und Bauern aller Länder bis auf den letzten Mann zum Kampfe gegen den Faschismus im nationalen und internationalen Maßstabe zu mobilisieren und in die internationale revolutionäre Kampffront gegen den Faschismus einzureihen. Dies wird unsere beste Hilfe auch für die Opfer des italienischen Faschismus auf den Verbannungsinselfn sein.

## „Liga gegen Imperialismus“ und IRH.

Von B. Smeral

Die mächtige Entwicklung der revolutionären Befreiungsbewegung in den Kolonien stellt die Frage der Zusammenarbeit zwischen der „Internationalen Roten Hilfe“ und der „Liga gegen Imperialismus“ auf die Tagesordnung.

Jede von diesen Organisationen hat zwar eigene Aufgaben, aber die Aufgaben von beiden verfolgen ein Ziel und ergänzen sich untereinander. Ihre gemeinsame Arbeit und gegenseitige Hilfe auf dem Gebiet der kolonialen Tätigkeit ist deswegen möglich und zweckmäßig.

In europäischen Ländern könnte eine engere Zusammenarbeit der IRH und der „Liga gegen Imperialismus“ viel dazu beitragen, um das Interesse der breitesten Massen für die revolutionären Befreiungskämpfe in den kolonialen Ländern, um die helfende Aktivität der Massen auf eine solche Stufe zu bringen, die der historischen Wichtigkeit der jetzigen kolonialen Bewegungen entspricht. Man muß offen bekennen, daß die mächtigen kolonialen Ereignisse der letzten Jahre keinen so stürmischen Widerhall in Europa fanden, den sie verdienen. Eine systematischere Aktivität haben nur die kommunistischen Parteien entwickelt. Manchmal hat man den Eindruck, als ob sogar den mit der Revolution sympathisierenden Menschen in Europa das Schicksal der farbigen Revolutionäre gleichgültiger wäre als das der Weißen. Während der letzten drei Jahre ist es der Liga im Zusammenhange mit der chinesischen Revolution, mit den arabischen Ereignissen, mit dem Befreiungskampfe Indiens, mit den Aufständen der Neger niemals gelungen, in Europa eine große allgemeine Bewegung hervorzurufen. Es wurden Manifeste herausgegeben, Pressekampagnen geführt, Versammlungen abgehalten, hier und da kam es zu Demonstrationen auch vor Konsulaten, in ganz vereinzelt Fällen zu der Arbeit unter den für die Kolonien bestimmten Truppen, aber nicht mehr. Eine ähnliche allgemeine Bewegung, wie sie z. B. durch die erste Russische Revolution 1905 in Europa ausgelöst wurde, haben wir im Zusammenhange mit den kolonialen Revolutionen der letzten Jahre nicht gehabt. Auch das, was die europäischen Sektionen der IRH zur Unterstützung der kolonialen Kämpfe bis jetzt erzielt haben, muß als ungenügend bezeichnet werden. Manchmal besteht der Eindruck, daß selbst die einfachsten Maßnahmen, die Protestkampagnen in einzelnen konkreten Fällen des Terrors gegen die Revolutionäre stärker geführt werden und auch stärkere Wirkung haben, wenn es sich um einen Weißen handelt. Als Tschangscha vor drei Monaten von den chinesischen Konterrevolutionären zurückerobert wurde, wurden dort in zwei Tagen 3000 Revolutionäre hingerichtet. Wie hat Europa reagiert, was halten europäische Sektionen der IRH, praktisch zu machen? Es ist ganz bestimmt, wenn 30 Hinrichtungen in Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn oder Nordamerika stattfänden, würde es viel schärfer in das Bewußtsein der europäischen Massen eingedrungen sein, als die 3000 Hinrichtungen in Tschangscha. Ein anderes Beispiel: Was wurde in Europa für die Meerut-Gefangenen Indiens praktisch getan? Sehr, sehr wenig. Und doch muß man sich bewußt sein, daß alles, was an Hilfe für die kolonialen Kämpfer gemacht wird, in den Kolonien eine große politische Bedeutung hat. Die bloße Tatsache, daß in Berlin ein Aufruf für den arabischen Aufstand in Palästina erschien, hat in allen arabischen Ländern stark gewirkt. Als

im Frühjahr dieses Jahres die Neger in den afrikanischen Kolonien nur ganz allgemein hörten, daß in Hamburg ein Negerkongreß zusammenkommen soll, hat dieses bloße Gerücht die Massen der Eingeborenen in Gambia, Nigera, Kamerun, in Süd- und Ostafrika in Begeisterung gebracht und politisch aktivisiert. Wäre zugunsten der Meerut-Gefangenen in ganz Europa eine große, internationale Sammlung mit ersten Resultaten, begleitet mit Versammlungen und Demonstrationen, veranstaltet, so würde es in Indien den Prozeß der Herausbildung neuer Kaders für die Führung der nationalen Revolution, die Ueberwindung der bisherigen national-reformistischen Führung sehr beeinflussen.

Allen, die an die bessere Organisation und Zukunft der Menschheit glauben, die überzeugt sind, daß die kapitalistisch-imperialistische Ordnung zum Verschwinden verurteilt ist, und die an ihrem Sturze mitarbeiten wollen, muß ein farbiger Kämpfer ebenso nahe wie ein weißer sein. Die Hilfe für die revolutionären Kämpfer in China, Indien, Indochina, Indonesien, auf den Philippinen Korea, Formosa, in den arabischen Ländern, in den negritanischen Gebieten Afrikas, muß in Europa (selbstverständlich auch in Amerika) viel breiter organisiert werden als bisher. Den Kampf, der in Kolonien geführt wird, dürfen wir nicht als etwas Entferntes betrachten, wozu nur theoretisch Stellung zu nehmen genügt. In der gesamten Konzeption der Weltrevolution sind die kolonialen Abschnitte der Front nicht weniger wichtig als der europäische Kriegssplatz. Eine großzügige, reale Hilfe für die Kämpfer wie für die Opfer in den Kolonien ist notwendig. Sowohl die „Liga gegen den Imperialismus“ wie die „Internationale Rote Hilfe“ müssen ihre Hilfsarbeit für die Kolonien zehnfach vergrößern. Die Frage der Zusammenarbeit dieser beiden Organisationen ist aktuell geworden.

Was kann man zur Verwirklichung dieser Zusammenarbeit tun? Beide Organisationen können sich schon bei der Gründung ihrer Sektionen in einzelnen Ländern behilflich sein. Es gibt Länder, wo die „Liga gegen Imperialismus“ feste Verbindungen hat und wo die IRH-Organisation noch nicht organisiert ist. Hier sollen die Liga-Freunde die Initiative und Hilfe zu der Bildung auch einer IRH-Sektion geben. (Bildung eines vorbereitenden Komitees, einiger lokalen Gruppen mit einzelnen und kollektiven Mitgliedern, nationale Konferenzen, Wahl der nationalen Exekutive, Verbindung mit der internationalen Exekutive.) In den Ländern, wo eine IRH-Organisation und keine „Liga gegen Imperialismus“ besteht, soll das Aktiv der „Internationalen Roten Hilfe“ die Gründung der Liga auf eine ähnliche Weise in die Hände nehmen. In jedem Lande ist Platz, und ist genug Arbeit für beide Organisationen. Es soll vermieden werden, daß in der Führung der beiden Organisationen die Mehrheit dieselben Menschen bilden, daß in den Versammlungen regelmäßig dieselben Redner auftreten und die Aufrufe dieselben Unterschriften tragen. Aber es ist nicht nur möglich, sondern sehr zweckmäßig, daß in ihre zentralen Leitungen beide Organisationen gegenseitig Vertreter schicken, welche die Verbindung unter ihnen und die Koordinierung ihrer Arbeit garantieren sollen. Beide Organisationen sollen ihre Mitgliedschaft an die regelmäßige Zahlung der Beiträge gewöhnen. Die IRH. und die „Liga gegen Imperialismus“ sind nicht nur formell, sie sind wirklich überparteiliche Organisationen, die breiter sein wollen und müssen, als z. B. eine Partei oder eine Gewerkschaft. In vielen Ländern existieren sie legal. Wenigstens in diesen Ländern können sie als feste Organisationen bestehen. Unter diesen Umständen ist absolut unmöglich, daß einzelne Landesektionen der IRH. oder der „Liga“ sich auf eine materielle Hilfe von oben einstellen. Sie müssen durch ihre Aktivität nicht nur imstande sein, ihre eigenen Ausgaben (auch die Ausgaben ihrer Aktionen und Unterstützungen) selbst zu decken, sondern sie sind verpflichtet, auch den internationalen Beitrag an ihre internationalen Sekretariate abzuführen und außerdem noch in wichtigen Fällen (wie z. B. China, Indien) sich an den Aktionen der internationalen Hilfe zu beteiligen. Dieses müssen beide Organisationen in jedem Lande unter den Massen ihrer Mitglieder unbedingt durchsetzen. Beide sind sie Organisationen, die helfen und nicht eine Hilfe für sich erwarten sollen. Ohne eine ganz ernste Durchführung dieser Gesichtspunkte wäre die Arbeit in der Zukunft bedroht. Die Presse der Liga sollte über die koloniale Tätigkeit der IRH. berichten, die Presse

der IRH. sollte einen Teil für die mit der „Liga gegen Imperialismus“ zusammenhängenden Berichte reservieren. In einigen Ländern könnten vielleicht auch die Apparate sich gegenseitige Aushilfe leisten.

Am wichtigsten ist aber die politische Zusammenarbeit der „Internationalen Roten Hilfe“ und der „Liga gegen den Imperialismus“ in den kolonialen Fragen. Vier gut vorbereitete Versammlungen im Jahre ist keine besonders große Tätigkeit, aber wir können nicht verhehlen, daß in den letzten zwei Jahren einige europäische Sektionen der „Liga gegen Imperialismus“ nicht einmal diese Versammlungen abgehalten haben. Gewöhnlich hat man als Begründung gehört, daß sie den Saal nicht bezahlen konnten. Bei der IRH. sind ähnliche Mängel. Es würde viel zur Popularisierung und zur organisatorischen Festigung beider Organisationen beitragen, wenn regelmäßig, ungefähr viermal im Jahre, also einmal in 3 Monaten, wenigstens in den wichtigsten Hauptstädten Europas sehr gut vorbereitete, große, von der „Internationalen Roten Hilfe“ und der „Liga gegen Imperialismus“ gemeinsam einberufene Versammlungen über aktuelle koloniale Probleme stattfinden. Auch manche andere politische Veranstaltungen können gemeinsam organisiert werden. Solche Zusammenarbeit würde eine Hilfe und gleichzeitig eine gewisse gegenseitige Kontrolle bedeuten. Für beide Organisationen würde die Arbeit leichter, sie könnte breiter und systematischer werden.

Ich habe die Möglichkeit gehabt, einige von diesen Gedanken auf der letzten internationalen Konferenz der IRH. auszusprechen. Ich halte für nützlich, auch die Aufmerksamkeit der breiteren Schichten der Mitglieder der IRH. auf sie zu lenken.

## Die Wahlen in Oesterreich und die RHOe.

Von Siegmund Kanagur

Am 9. November fanden in Oesterreich die Wahlen in den Nationalrat statt. In der jetzigen Situation ergab sich für die RHOe. die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme. Seit den vorigen Wahlen, im April 1927, hat sich die politische Lage gründlich geändert. Damals/war Oesterreich noch die demokratischste Republik der Welt. Der Wahlkampf drehte sich um den Mieterschutz. Der Parole seiner Beibehaltung verdankte die SP. ihren Wahlsieg; sie gewann 220 000 Stimmen und 3 Mandate. Die sozialdemokratischen Führer rechneten den Arbeitern vor, daß sie spätestens in 12 Jahren die Mehrheit im Staate erlangen müßten und auf ihre demokratische Methode in den Sozialismus hineinwachsen würden. Damals sagten sie: „Von jetzt ab kann das Bürgertum nicht mehr gegen oder ohne uns regieren.“

Sie sollten recht behalten. Alles, was nachher kam, geschah mit ihrer stillschweigenden oder tätigen Mithilfe. Am 15. Juli 1927 begann die Offensive des Faschismus. Die Massen der Arbeiter — in gerechter Empörung gegen den Freispruch von Arbeitermördern — ließen sich von ihren Führern nicht mehr verträsten und zogen spontan in die Stadt. Als Antwort auf das Verhalten von Polizei und Regierung brach wiederum spontan der Generalstreik aus, der erst, nachdem in ganz Oesterreich die Arbeiter streikten, von der Gewerkschaftsbürokratie ausgerufen und 2 Tage darauf bedingungslos abgebrochen wurde. Die 90 Toten blieben ungerächt. Der erfolgreiche Anfang machte den Faschisten Mut. Die Heimwehr wuchs zu einer gefährdenden Macht heran. Die SP. errang weitere kleinere Wahlsiege, ihre Mitgliederzahl nahm zu, während ihre Macht abnahm. Es kam der 7. Oktober 1928. Die SP. gab den Faschisten die größten Industriestädte Niederösterreichs, (Wiener Neustadt und später St. Pölten), preis. Es kam der 24. Februar 1929, an dem die Faschisten mit Erlaubnis des sozialdemokratischen Landeshauptmanns Seitz einen Aufmarsch durch die proletarischen Bezirke Wiens veranstalteten. Dann folgte ein Aufmarsch dem anderen und ein Verrat der SP. dem anderen. Im Juni wurden mit Zustimmung der sozialdemokratischen Führer, die damit ihre Wahlparole schmähtlich preisgaben, die Mietzinse erhöht.

Am 18. August 1929 kam es zu dem Kampf in St. Lorenzen, bei dem die Arbeiter gut abschnitten, der aber ihren Führern den Anlaß bot, alle späteren Wünsche der Faschisten prompt zu erfüllen, „um einen Bürgerkrieg zu vermeiden!“ Schober übernahm die Regierung und wurde von der SP. als Hort der Demokratie überschwänglich gefeiert. Er führte unter tätiger Beihilfe der sozialdemokratischen Führer die faschistische Verfassungsreform durch. Ohne auf ernststen Widerstand seitens der Führer zu stoßen, brachte er das Preßknebelungs- und das „Antiterrorgesetz“ durch. Die Arbeiterschaft murrte, aber sie blieb in der SP. Endlich im Juni schien es einen Augenblick, als ob die sozialdemokratischen Bonzen recht behalten sollten. Der Stabschef der Heimwehr, der Luxemburgmörder Pabst, wurde von Schober ausgewiesen, weil er gegen ihn intrigierte. Die Bonzen jubelten: „Das ist der Zerfall des Faschismus. Das sind die Früchte unserer Zauderpolitik.“ Die Zauderpolitik trug auch noch andere Früchte. Einige Tage später wurde der Kassierer der Heimwehr zum Handelsminister ernannt. Und als im September die SP. ein Volksbegehren gegen die Zertrümmerung der Arbeitslosenversicherung durchführte, zeigten die Faschisten, was diese Klosett-papierdemonstration wert ist. Schober mußte abtreten und an seine Stelle kam eine Regierung, in der der Bundesführer der Heimwehr, Starhemberg, das Innenministerium und der Landesführer Huebel das Justizministerium übernahmen, was nur durch die Mitwirkung der sozialdemokratischen Führer an der Verfassungsreform möglich geworden war. Einige Tage später wurden der Nationalrat auseinandergejagt und die Neuwahlen für den 3. November ausgeschrieben.

Bei dieser Sachlage war es klar, daß die Rote Hilfe Oesterreichs als überparteiliche, aber nicht unpolitische Kampforganisation gegen Faschismus und Klassenjustiz Stellung nehmen mußte gegen die Führer der Sozialdemokratischen Partei, die Helfershelfer des Faschismus. Uns bewog dazu nicht ihre feindselige Einstellung gegen uns, sondern ihr schamloser Verrat am Proletariat. Unsere Organisation ist uns nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse. Die SP. könnte uns hindern, soviel sie wollte, wenn sie nur unsere Aufgabe erfüllte. Aber sie hat die Arbeiter immer preisgegeben, ohne sich um ihr Schicksal zu kümmern. Kann es uns gleichgültig bleiben, wenn die Bonzen die Arbeiter den Faschisten ans Messer liefern? Infolge der Verfassungsreform und des Antiterrorgesetzes ist die Zahl der politischen Delikte gestiegen. Unsere Aufgaben wachsen von Tag zu Tag, aber ebenso der Terror, der gegen uns ausgeübt wird. Die einzige Partei, die uns seit jeher hilft, ist die Kommunistische Partei. Und sie ist auch die einzige, die ernstlich gegen den Faschismus und für unsere Ziele kämpft. Und darum hat das Zentralkomitee der RHOe. einstimmig — also auch mit den Stimmen der nichtkommunistischen Mitglieder — beschlossen, die Arbeiter aufzufordern, kommunistisch zu wählen und die KP. als rote Wahlhelfer zu unterstützen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, noch bevor die Wahlauftrufe bekannt wurden.

Der Inhalt der Aufrufe bestärkte uns in unserer Stellungnahme, und der Verlauf des Wahlkampfes und der Ausgang der Wahlen sollten uns recht geben. Die SP. gibt in der Einleitung ihres Aufrufes zu, daß die herrschende Weltkrise eine „Krise der ganzen kapitalistischen Weltordnung ist“. Sie sehnt sich aber nach einer „neuen Wirtschaftspolitik“, um die Krise zu bekämpfen: „Ist erst der antimarxistische Kurs besiegt, dann werden Gewerkschaften und Unternehmerverbände auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung... zusammenwirken können.“ (Das also ist Marxismus!) Die KP. hingegen, deren Wahlauftrag an zehn Stellen konfisziert wurde, kämpfte für den Sturz der kapitalistischen Wirtschaft, für den Siebenstundentag und die Viertagewoche, für die Annullierung aller Schulden an das in- und ausländische Finanzkapital, gegen den Raubfrieden von St. Germain, für den Anschluß von einem Sowjetösterreich an ein Sowjetdeutschland. Die SP. ist für den

Anschluß an ein Hindenburg-Hitler-Youngdeutschland. Sie verspricht die innere Abrüstung, bietet die Auflösung des Schutzbundes an — das ist ihr Marxismus, das ist ihr Klassenkampf (ein Wort, das im Aufruf nicht vorkommt). „Antimarkismus — das ist eine Politik, die das Volk in zwei feindliche Lager teilt, die alle Gegensätze furchtbar verschärft... die schließlich in den Bürgerkrieg hineinzuschlittern droht“, sagt die SP., und deren Führer Renner kämpft für die „ganze geistige und sittliche Kultur der deutschen Nation“. Die bösen Kommunisten fordern auf zum bewaffneten Kampf gegen die Faschisten, die sozialdemokratischen Bonzen hingegen kämpfen mit Stimmzettel und Klosettpapier gegen Maschinengewehre, Gasgranaten und Flammenwerfer.

Daß beide es ehrlich meinten, konnte jeder sehen. Arbeitersprengten unter Führung von Kommunisten faschistische Demonstrationen. Der Innenminister Starhemberg hatte es bei einer solchen Gelegenheit nur dem Schutz der Polizei zu verdanken, daß er gesund davonkam. Die SP. aber ließ sich nicht und nicht „provozieren“. Die Faschisten marschierten trotz des Aufmarschverbotes wiederholt über den Ring. Der sozialdemokratische Landeshauptmann Seitz ließ es zu. Als aber die Führer des sozialdemokratischen Schutzbundes zu ihm kamen und um gleiches Recht baten, verweigerte er es ihnen — seinen eigenen Parteigenossen (das übertrifft sogar Zörgiebell) — „der Demokratie halber“. Und sie hielten sich brav an das Verbot. — Sie wußten schon 14 Tage vorher, daß und wann die Regierung nach den Waffen der Arbeiter suchen würde; an dem Tag, an dem die Beschlagnahmen beginnen sollten, erschien in der „Arbeiterzeitung“ ein Aufruf an die Arbeiter, sich der Konfiskation der Waffen nicht zu widersetzen, denn „wahre Demokraten kämpfen nur mit dem Stimmzettel“. Die Durchsuchung des Parteihauses erfolgte auf ungesetzlichem Wege, aber „wir setzen ihr selbstverständlich keinen Widerstand entgegen“, sagte der Schutzbundsekretär Heinz. In allen Provinzorten wurde Militär mit Maschinengewehren und Kanonen gegen die Arbeiter eingesetzt; in Grumbach (NOe.), wo die KP. großen Anhang hat, wurden die Arbeiter unter Militärbewachung aus dem Bergwerk geholt und sollten das Versteck ihrer Waffen verraten. Selbstverständlich taten sie es nicht. Dafür gaben die Bonzen die Waffen in den übrigen Orten preis, weil „die Macht des Stimmzettels den Faschismus zerschmettern“ sollte. Als ob schon jemals Weltgeschichte mit dem Stimmzettel gemacht worden wäre! Und Starhemberg erklärte auch einige Male, „er werde nicht abtreten, wie immer die Wahl ausfallen möge“. Aber er braucht gar nicht abzutreten, und selbst wenn statt Starhemberg wieder Schober ans Ruder kommt — das Proletariat muß für beide die Zeche zahlen. Die Wahlen brachten der SP. einen Verlust von 30 000 Stimmen, aber sie gewann infolge des eigenartigen Wahlverfahrens ein Mandat und hätte bei einigem Glück noch 4 gewinnen können. Die bürgerlichen Parteien verloren ein Mandat, gewannen aber 60 000 Stimmen. Die KP. konnte von den 30 000, die von der SP. abwanderten, nur 4000 für sich gewinnen. Die SP. hat es nur ihrem straffen Organisationsapparat und ihrer kostspieligen Propaganda zu verdanken, daß ihre Verluste nicht größer sind. Es haben sich wohl nur 21 000 Wähler für die KP. entschieden, aber ihr Einfluß ist tatsächlich bedeutend größer. Der Arbeiter hatte Angst, daß seine Stimme „verloren“ gehen könnte (nämlich wegen der besonderen Wahlordnung), wenn er die KP. wählte und gab deshalb seine Stimme der SP., die bei den Wahlen als Sozialdemokratische Partei aufgetreten ist und nicht als Sozialdemokratische Arbeiterpartei, wie ihre offizielle Bezeichnung lautete, und die der Prolet noch immer für eine Arbeiterpartei hält. Es gibt aber nur noch eine proletarisch-revolutionäre Partei in Oesterreich, die KP. Wir als Organisation des revolutionären Klassenkampfes mußten Stellung nehmen gegen die SP., die den Klassenkampf aufgegeben und das österreichische Proletariat an den Faschismus verraten hat.

Wir wählten kommunistisch, weil wir dem kämpfenden Proletariat und dadurch helfen wollen.

## Die Internationale Arbeiterverteidigung (I.L.D.)

Von L. Sendrews

Ein Jahr ist verstrichen seit dem IV. Nationalkongreß der I.L.D., unserer Bruderorganisation in den Vereinigten Staaten. In dieser Zeit ist mit ungeheurer Schärfe die Wirtschaftskrise im Lande gestiegen. Die Armee der Erwerbslosen, die schon auf 9 Millionen angewachsen ist, vergrößert sich unaufhaltsam weiter. Die Lage der eingestellten Arbeiter verschlechtert sich ebenfalls von Tag zu Tag. So wurde bei den Textilarbeitern in den Südstaaten schon zum dritten Male eine Lohnkürzung vorgenommen. Der Arbeitstag wird verlängert und erreicht in der Tat schon in vielen Staaten 12 Stunden. Es vermindert sich auch die Zahl der Arbeiter in jedem Betriebe. 175 000 Automobilarbeiter in Detroit erhielten einen „Urlaub“ auf 3 Wochen (selbstverständlich ohne Bezahlung), worauf nur 116 000 von ihnen wieder eingestellt wurden. Die Lage des Arbeiters in den Südstaaten der USA. ist so, daß er vor der Wahl zwischen einer halbhungrigen Existenz, wenn er arbeitet, und einem Hungerleben, wenn er erwerbslos ist, steht.

Die zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter treten in den Kampf. Immer weniger haben sie zu verlieren, und daher ist ein starkes Anwachsen der Streikämpfe zu bemerken, die eine brutale Abrechnung mit den Streikenden seitens der Unternehmer und des ganzen Staatsapparates der USA. auslösen.

Aber es verschlechtert sich auch die Lage der amerikanischen Farmer. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte fallen katastrophal, wodurch ein immer stärker werdender Bankrott und eine rasch vor sich gehende Verelendung der Millionen Farmer eintritt.

Gegen die revolutionären Arbeiter, gegen die streikenden Textilarbeiter, Grubenarbeiter, Schneider, die Landarbeiter in Kalifornien, gegen die Erwerbslosen wird der ganze komplizierte Apparat des bürgerlichen Staats in Bewegung gesetzt.

Sie werden von besoldeten Banditen der Unternehmer, von Polizisten und Detektiven niedergeschossen, von Faschisten verschiedener Gattungen und Benennungen (wie von der „amerikanischen Legion“ [Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer], des „Ku-Klux-Klan“, mit ihren weißen Mänteln und ihrem feurigen Kreuz, den „amerikanischen Faschisten“ und zum Schluß der neuesten Organisation, dem „Orden der Schwarzhemden“) gehetzt, zu Krüppeln geschlagen und gelyncht. Sie werden von Beamten der gelben Gewerkschaften, der „Amerikanischen Arbeits-Föderation“ verfolgt und aus den Betrieben verjagt . . . und zum Schluß kommt das amerikanische Gericht und schickt die revolutionären Arbeiter ins Zuchthaus und auf den elektrischen Stuhl.

Unter den neuesten Faschisten-Organisationen muß der „Orden der Schwarzhemden“ oder die „Amerikanischen Schwarzhemden“ hervorgehoben werden. Die Organisation zählt über 30 000 Mitglieder und stellt sich zum Ziel, „die Herrschaft der Weißen in der Welt aufrechtzuerhalten“. Die Organisation ist für den Hinauswurf aller Neger aus den Fabriken und allen anderen Arbeitsstellungen unter der Losung: „Kein einziger Neger in Arbeit, solange es weiße Erwerbslose gibt. — „Wir Weißen stehen höher als die Neger, wir werden keine soziale Gleichheit dulden“ — sagen die Statuten dieser Organisation. Sie entstand als ein Gegenpol zur Kommunistischen Partei, die für die Abschaffung der Rassenvorurteile und für die völlige Gleichberechtigung der Neger mit den Weißen kämpft.

Unter den lebendig in den Zuchthäusern Begrabenen befinden sich Billings und Tom Mooney, die schon 13 Jahre im Gefängnis schmachten, und über ein Dutzend anderer Genossen, die zu 40 Jahren Gefängnis oder zu lebenslänglichem Kerker verurteilt sind. Vor kurzem ist Mc. Inerney nach 11jähriger Haft gestorben.

Im Falle des Gastonia-Prozesses zogen es die zu 117 Jahren Kerker verurteilten Genossen vor, sich vor der „Gastfreundschaft“ der amerikanischen Bourgeoisie zu retten.

Im Zusammenhang damit veranstaltete die amerikanische gelbe Presse (die sozialistische miteingriffen) eine wütende Hetze gegen die Verurteilten, die es

gewagt hatten, dem Schicksal Billings und Mooneys und anderer lebendig begrabener Häftlinge des amerikanischen Kapitals zu entgehen.

Die amerikanische Bourgeoisie kämpft wütend um ihre Herrschaft. Ueber 30 Negerlynchungen sind bereits im Verlaufe des Jahres 1930 zu verzeichnen. Dutzende Jahre Zuchthaus wurden über die Organisatoren des Gastonia-Streiks verhängt, weil sie Negerarbeiter zusammen mit Weißen in einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation vereinigt hatten. Die Todesstrafe erwarten gegenwärtig sechs jugendliche Arbeiter in Atlanta auf Grund eines Gesetzes „gegen die Organisation von Sklavenaufständen“ aus dem Jahre 1861, bloß weil sie eine gemeinsame Versammlung von Negern und Weißen organisierten.

In gesteigertem Maße werden die ausländischen Arbeiter verfolgt. Viele von ihnen sind verhaftet und sollen des Landes verwiesen oder in ihre Heimat abgeschoben werden, die oft eine faschistische ist und wo sie Zuchthausstrafe oder der Tod erwartet. Die amerikanische Regierung rechnet mit den ausländischen Arbeitern einfach so ab, daß sie Listen sogenannter „unerwünschter“ Elemente zusammenstellt.

Die I.L.D. (Amerikanische Arbeiterverteidigung) hat ein sehr großes Tätigkeitsfeld für die Entwicklung ihrer Organisation. Auf dem IV. Nationalkongreß am 29. bis 31. Dezember 1929 wurde von ihr ein Umschwung in der Organisation vorgesehen. Es wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die hauptsächlich die Schaffung einer Massenorganisation zum Gegenstand hatten.

Es muß anerkannt werden, daß in diesen Monaten eine Reihe von nationalen und internationalen Kampagnen geführt wurden. Von ersteren genügt es die Gastonia-Kampagne, die Atlanta-Kampagne, die Aktion anlässlich des Textilarbeiterstreiks in New Bedford, die Schiffbrin-Kampagne, die Accorsi-Kampagne anzuführen. Anlässlich des 3. Jahrestages der Hinrichtung Sacco und Vanzettis wurden Meetings und Demonstrationen in 72 Städten organisiert, an denen sich über 150 000 Werktätige beteiligten, darunter in Neuyork 15 000, in Boston 10 000 usw. In Atlanta wurde von 20 000 Faschisten eine Konterdemonstration organisiert. In Avella (Staat Pennsylvanien) wurden zwei Bergarbeiter, die Leiter der Demonstration, von Agenten der Unternehmer erschossen.

In diesen Kampagnen wurden auch Fragen des Terrors in Indien, in China und Latein-Amerika eingeflochten. Spezielle internationale Kampagnen wurden gegen den weißen Terror in Polen, Jugoslawien, Finnland, Rumänien, Ungarn, Griechenland usw. organisiert. Während der finnländischen Kampagne wurden über 150 Protestresolutionen usw. angenommen. Im November fanden die Wahlen zum Kongreß und den örtlichen Parlamenten statt. Die I.L.D. hat sich rege an der Wahlkampagne beteiligt. Sie forderte auf, für die Kandidaten der Kommunistischen Partei zu stimmen, da nur diese Partei gegen den weißen Terror, für die Amnestie, gegen alle Gesetze, die die Rechte der ausländischen Arbeiter einschränken, für die Gleichberechtigung der Neger usw. kämpft. Die Organisation ist in 25 Gebietskomitees gegliedert; Konferenzen wurden in jedem Gebiet und Unterbezirk abgehalten.

Die Auflage des Organs der Sektion, der „Labor Defender“, beträgt gegenwärtig 27 000 Exemplare.

Was die Hilfe anbetrifft, so wurde hauptsächlich Rechtsschutz erwiesen. Dutzende von Prozessen in allen Gerichten hielten die Organisation ständig in Atem. Diese Hilfe hat Zehntausende von Dollar gekostet.

Auf dem Gebiet der Organisation läßt jedoch die Arbeit der I.L.D. noch viel zu wünschen übrig.

Ihre Mitgliederzahl hat sich trotz der vom 1. Mai bis zum 28. Juni durchgeführten speziellen Werbekampagne nur unbedeutend vergrößert. Die Kampagne wurde mit dem Ziel der Steigerung des Mitgliederstandes auf 50 000 geführt. Die Organisation weist 25 000 Mitglieder auf, aber nur 8000 zahlen ihre Mitgliedsbeiträge regelmäßig. Dieses läßt auf ungenügende Aufmerksamkeit für die Kassierung und auf Mangel an Funktionäre und nicht genügende Aktivität derselben schließen.

Die ständige Verbindung der örtlichen und Gebietsorganisationen ist noch

ungenügend befestigt. Die Zentrale verfügt nicht über regelmäßige Berichte von den Gebietsorganisationen und ist oft über deren Lage und Tätigkeit nicht informiert. Es gibt sogar noch örtliche Organisationen, die um ihre Autonomie kämpfen. Die Arbeit unter den Negern hat manche Mängel aufzuweisen. Arbeitspläne wurden zwar ausgearbeitet, doch gelang es noch nicht, breite Negermassen heranzuziehen. Es muß als ein großer Erfolg der ILD, gewertet werden, daß auf dem IV. Nationalkongreß 28 Negerdelegierte vertreten waren, um so mehr fällt es daher ins Gewicht, daß z. B. auf der Juli-Konferenz in Chicago unter 40 Delegierten kein einziger Neger anwesend war.

Die Arbeit unter den eingewanderten Werkträgern ist noch immer nicht zentralisiert, wodurch die Stoßkraft der Gesamtorganisation leidet. Die internationalen Kampagnen wurden hauptsächlich unter den Immigranten durchgeführt, so daß die Internationalisierung der Arbeit noch im primären Stadium ihrer Entwicklung steckt.

In den Betrieben ist die ILD, schwach verankert. Neue Mitglieder klagen, daß sie sehr lange auf die Herstellung der Verbindung warten müssen. Die Gefangenen erhalten ihre Unterstützung regelmäßig im Betrage von je 5 Dollar monatlich, ein Teil der Familien erhält 15 Dollar monatlich.

Die Zentrale der ILD, ist sich bewußt, daß die Arbeit noch nicht auf der nötigen Höhe steht und hofft, daß es gelingen wird, die örtlichen Organisationen so zu erziehen, daß die ILD, aus der gegenwärtigen Wahlkampagne als starke Massenorganisation hervorgeht.

## Die Rote Hilfe Irlands

Von O. Realy

Mit Unterstützung des wilhelminischen Deutschlands, welches jede Gelegenheit willkommen hieß, seine imperialistischen Gegner zu schwächen, machten die irischen Nationalrevolutionäre während des imperialistischen Weltkrieges den Versuch, durch einen bewaffneten Aufstand das englische Joch abzuwerfen. Der Aufstand wurde mit der der Kriegszeit eigenen Grausamkeit im Blute ertränkt.

Irland ist gegenwärtig in zwei Lager getrennt; in das unter dem Einfluß der englischen Großmachtbourgeoisie stehende Nord-Irland mit der Hauptstadt Belfast und in den „freien irischen Staat“ mit der Hauptstadt Dublin. Mit diesem Manöver konnte die englische Bourgeoisie jedoch den Kampf der irischen Arbeiter, der Kleinbauern und der revolutionären Intelligenz für die endgültige Befreiung Irlands nicht aufhalten. Die großbritannische Regierung gemeinsam mit den Strohmännern in Nord-Irland und im freien irischen Staat lassen seit der Unterdrückung des Aufstandes im Jahre 1916 kein Mittel unversucht, jeden Versuch des Auftretens gegen die herrschende Ordnung im Keime zu ersticken. Es ist eine Tatsache, daß alle sogenannten bürgerlichen Rechte (wie Freiheit der Presse und des gesprochenen Wortes, Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Person usw.) in Irland abgeschafft sind. Wer im Verdacht der Zugehörigkeit zu einer revolutionären oder republikanischen Partei steht, wird ohne Gericht eingekerkert, im Gefängnis mißhandelt und auf seine Behausung werden ständig Ueberfälle verübt. Die Agenten der politischen Staatspolizei sind Tag und Nacht auf den Spuren der Verdächtigten; sie scheuen selbst nicht davor zurück, in die Wohnungen derselben einzudringen und sich daselbst auf Wochen einzurichten, um jede Bewegung der Verdächtigten zu beobachten. Es ist Regel, daß die Ueberfälle auf die Quartiere zwei- bis dreimal am Tage erfolgen. In Befolgung des Gesetzes werden die Verhafteten zwar nach 24 Stunden freigelassen, aber sofort beim Verlassen des Gefängnisses neuerlich verhaftet und zurückgeführt. Die Zahl der zu langjährigen Strafen verurteilten Gefangenen beträgt über 30; darunter die Mehrzahl lebenslänglich Verurteilte. Einer dieser zu lebenslänglicher Haft Verurteilten ist ein amerikanischer Ire. Er war des Mordes angeklagt, mußte aber freigesprochen werden; weil er sich aber als Mitglied der revolutionären Organisation „Republi-

kanische Irische Armee“ erwies, wurde er nach der Freisprechung neuerlich verhaftet und entgegen allen Konstitutionen und Gesetzen für dieselbe Mordanschuldigung zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Bis in die allerletzte Zeit fand die revolutionäre Arbeiterbewegung in Irland nicht ihren offenen Ausdruck. Erst seit einem halben Jahre beginnen sich revolutionäre Arbeitergruppen zu formieren, welche eine klare und scharfe Klassenlinie in dem nationalen Befreiungskampfe aufstellen und ein eigenes Presseorgan, die „Arbeiter-Stimme“ herausgeben.

Die Rote-Hilfe-Bewegung besteht in Irland schon 4 Jahre, doch entwickelt sie sich hauptsächlich infolge des Mangels einer zielbewußten Führung schwach. Sie ist noch nicht zur Massenorganisation geworden. Im Jahre 1929 erfolgte eine Reorganisierung der Organisation „Irischer Arbeitsschutz“, um an die Massen näher heranzukommen. Im Verlaufe des Jahres Juli 1929 bis Juli 1930 führte diese RH.-Organisation, welche 200 Individual- und 4300 Kollektivmitglieder zählt, zwei große Kampagnen durch.

Die Zusammensetzung der Individualmitglieder stellt sich folgendermaßen dar: Republikaner 100, Sozialdemokraten 12, Bürgerliche 20, Kommunisten 15, Parteilose 110 (darunter 30 Frauen). Die Kollektivmitgliedschaft verteilt sich: 2 sozialdemokratische Organisationen mit 250 Mitgliedern, 4 Gewerkschaftsorganisationen mit 4000 Mitgliedern. Alle diese Organisationen haben ihren Sitz in Belfast.

Ueber den Stand der irischen Roten Hilfe in der Provinz fehlen Angaben, es läßt sich darüber nur schätzungsweise schließen. Die letzte Konferenz ergab folgende Zusammensetzung; von den 23 Delegierten waren 8 Arbeiter, 6 Angestellte, 2 Journalisten, 3 Gewerkschafter, 1 Hausfrau und 3 Sonstige. Mitglied der irischen RH.-Organisation ist auch die „Liga der Frauen zum Schutze der Politgefangenen“.

Die Tätigkeit der Organisation trat in den letzten Jahren in folgenden Landeskampagnen hervor: „Gegen die Verfolgungen der Erwerbslosen“ (5 Massenmeetings und Demonstration mit 4000 Teilnehmern), „Für die Befreiung der Politgefangenen“ (2 Meetings mit 2000 Teilnehmern) und „Gegen die Verfolgungen der irischen Republikaner“ (4 Meetings mit je 1500 Teilnehmern).

Internationale Kampagnen wurden geführt: „Gastonia“ (1 Demonstration mit 1000 Teilnehmern), „Eine Rote-Hilfe-Woche“ (5 Meetings mit 4000 Teilnehmern) und „Gegen den weißen Terror in Polen“, in Verbindung mit der Verurteilung der drei Jungarbeiter zum Tode in Lemberg (1 Versammlung mit 3000 Teilnehmern mit anschließender Demonstration). Gegen den weißen Terror in Polen wurden 100 Plakate herausgegeben. Aus der Verlagstätigkeit der irischen Sektion der IRH, kann folgendes angeführt werden: Herausgabe eines Bulletins in 500 Exemplaren, 3 Nummern eines Pressebulletins zu je 100 Exemplaren, 3 Zirkulare zu je 100 Exemplaren, 2 Flugschriften zu 500 Exemplaren und das vorangeführte Plakat.

Juridische Hilfe wurde in 3 Prozessen erwiesen, materielle Hilfe 2 im Verlaufe eines Streiks verhafteten Arbeitern.

Auf der Konferenz wurden Resolutionen über die Politgefangenen in Irland, England, Indien, Polen, Amerika (Mooney und Billings), in Aegypten und gegen die Verfolgungen der kommunistischen Zeitung „Daily Worker“ angenommen.

Bis jetzt hatte die Organisation keinen Angestellten, der sich ganz dem Ausbau der Organisation hingeben konnte. In den Kollektivmitgliedschaften bestehen keine Individualgruppen. Die internationale Arbeit wird nicht systematisch geführt. Die Erziehungsarbeit ist im allgemeinen äußerst schwach. Die Organisation hat es noch nicht vermocht, die breiten Massen der irischen Werkträgern um sich zu scharen und die RH.-Arbeit über das ganze Land auszudehnen. Ein Mangel der Organisation ist auch das Fehlen der Verbindung mit den irischen Emigrantmassen in Amerika, Australien usw., welche zur Schaffung von irischen Patronaten angehalten werden könnten.

Die Frage der Hilfeleistung für die Politgefangenen wurde gänzlich außer acht gelassen. (Dies besorgt bisher die republikanische Partei.)

Führung einer breiten Massenarbeit unter allen Schichten der Werktätigen, Ausbau der RH. Irlands zur Massenorganisation zum Schutze der irischen revolutionären Front mit Befestigung in den Betrieben und internationaler Einstellung der Arbeit, Aufrichtung einer Einheitsfront mit der englischen Bruderorganisation sind die wichtigsten Aufgaben, welche vor der irischen Sektion der RH. stehen.

Mit Unterstützung der Exekutive und durch die Belebung der Tätigkeit der englischen RH.-Sektion werden diese Aufgaben in kürzester Zeit zweifellos durchgeführt werden.

## Revolutionäre Jugend und Rote Hilfe

Von Miller

Die revolutionäre Jugend steht ständig im Angriff gegen Kapitalismus, Militarismus, Faschismus und Klassenjustiz. Wie Karl Liebknechts Jugend den Burgfrieden der Sozialverräter durchbrach und gegen den Krieg kämpfte, so steht auch heute die internationale revolutionäre Jugend in allen Wirtschaftskämpfen und politischen Aktionen in erster Reihe. Wie während des Krieges die Braunschweiger Lehrlinge (trotz Kriegszustand) gegen den Sparerlaß der deutschen Regierung und den Zwangsabzug für Kriegsanleihe streikten und siegten, so durchbrechen heute die revolutionären Jungarbeiter beiderlei Geschlechts (trotz Faschismus, Sozialfaschismus und weißen Terror) den „Wirtschaftsfrieden“ der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer und kämpfen gegen die drohend näher rückende neue imperialistische Kriegsgefahr und verteidigen die Sowjetunion.

Infolge der ökonomischen Krise ist die Arbeiterjugend viel mehr in den Brennpunkt der Klassenkämpfe gerückt, und infolge ihres revolutionären Auftretens richtet die Bourgeoisie gerade die wütendsten Angriffe auf die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen und ihre Organisationen. Durch die fortschreitende kapitalistische Rationalisierung wird der Jungarbeiterschaft die erwachsenen Arbeiter aufgebürdet, wodurch wieder die Bedeutung der revolutionären Jugend im kapitalistischen Produktionsprozeß ungemein ansteigt. Politische und wirtschaftliche Kämpfe ohne Beteiligung der Jungarbeiterschaft sind heute nahezu ausgeschlossen.

Während des Mansfelder Kampfes in Deutschland haben die Lehrlinge vollzählig am Streik teilgenommen. Der überwiegende Teil der Streikleitung im Mansfelder Gebiete bestand aus Jungarbeitern. Sie organisierten erstmalig die Streikposten und den Kurierdienst, kämpften gegen Streikbrecher und Polizeibrutalitäten und organisierten zusammen mit den Erwerbslosen den proletarischen Selbstschutz. Sie scheuten keine Opfer, denn sie stützten sich auf die Solidarität der R.H.D. Diese Sicherheit trug viel zur Festigung und Ausdauer der Streikenden bei.

In Oesterreich werden (neben den übrigen Jungarbeitern) 100 000 Lehrlinge 3—4 Jahre lang beinahe entschädigungslos ausgebeutet, dann in die kapitalistische Reservearmee eingereiht und den Stempelstellen überwiesen. Wo die Einschläferung der Arbeiterjugend in den sozialfaschistischen Werk- und Sportvereinen nicht ausreicht, hilft der offene wirtschaftliche und politische Angriff der Faschisten nach. So wurde vor kurzem der Streik der Berufsschüler desorganisiert und niedergeschlagen. Der Kampf gegen die Mißhandlungen der Berufsschüler und gegen die Fürsorgeerziehung wird in erster Linie von der RHOe. geführt.

## Denkt an die Winterhilfe

für unsere politischen Gefangenen und ihre Familien!

In Frankreich besteht kein gesetzlicher Schutz der Jugend, der Achtstundentag steht nur auf dem Papier. Die Sozialversicherung gibt den Jugendlichen nur ganz geringe Unterstützung. Die brutale Verfolgung der revolutionären Jugend stellt die RH. Frankreichs vor schwere Aufgaben.

In Schweden traten (entgegen der Lohnabbauoffensive der Unternehmer) in Gattawerk 300 Jungarbeiter in den Streik und erkämpften eine Lohnerhöhung von 50 Oere.

In den Textilhöhlen Schanghai, wo Jugendliche und Kinder Tag und Nacht ausgebeutet werden, erheben sich die Jungarbeiter ständig erneut und führen politische und wirtschaftliche Streiks durch. Klar ist es jedem, daß die revolutionären Bauern-Partisanen und die Roten Armeen in den Sowjetgebieten Chinas sich hauptsächlich aus revolutionärer Arbeiter- und Bauernjugend rekrutieren. Infolge der Schwäche der chinesischen Gewerkschaften ist die RH. Chinas die einzige Organisation, die die Opfer der chinesischen Revolution schützt.

In Indien sind es gerade die revolutionären Massen der Arbeiter- und Bauernjugend, die sich von dem Scheinkampfe der indischen Bourgeoisie abwenden und den revolutionären Krieg gegen den englischen Imperialismus und gegen die eigene Bourgeoisie führen. Tausende wurden bereits hingerichtet. Die Mehrzahl der 60 000 eingekerkerten indischen Revolutionäre sind den Kampfreihen der revolutionären Jugend entrissen. Alle Anstrengungen der RH. Englands, Rechtsanwälte aus England zur Verteidigung der Meeruter Angeklagten und anderer zu schicken, scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand der englischen „Arbeiterregierung“.

In den amerikanischen Textilfabriken und in der Schifffahrt sind bis zu 60 Prozent Jugendliche ohne jeden gewerkschaftlichen Schutz tätig. Dennoch haben sie zwei erfolgreiche Streiks durchgeführt. Bei der „sozialen“ Firma Ford gibt es 40 Prozent junge Neger unter den 60 000 Beschäftigten. Diese jungen Neger erhalten wie überall in Amerika geringeren Lohn als die weißen Arbeiter und werden, um den Rassenhaß zu steigern und die Lynchjustiz zu fördern, selbst bei der Arbeit von den Weißen getrennt. Die RH. Amerikas führt den heftigsten Kampf gegen den weißen Terror der amerikanischen Bourgeoisie, gegen die Lynchmorde und für Vereinigung der schwarzen und weißen Arbeiter in internationaler revolutionärer Solidarität.

In der bulgarischen Tabakindustrie sind meist Jugendliche beschäftigt. Der Arbeitstag beträgt 12 bis 14 Stunden. Der revolutionäre Geist ist unter der bulgarischen Arbeiter- und Bauernjugend außerordentlich entwickelt. Sie stellt bei allen Polizei- und Gendarmereiberfällen ihren Mann und erträgt standhaft die furchtbaren Klassenurteile und die schrecklichen Folterungen in den Kerkern. Die moralische und materielle Hilfe der RH. stärkt ihren revolutionären Mut.

In Polen arbeiten Jugendliche in dem Industriezentrum in Lodz meist 3 Monate ohne jede Entschädigung. Zu der schrankenlosen wirtschaftlichen Ausbeutung gesellt sich noch der faschistische Terror. Den drei Lemberger Todesurteilen gegen revolutionäre Jungarbeiter sind erneut Todesurteile gegen revolutionäre Jungarbeiter in Biala-Podlaska gefolgt, aber so wie es der IRH. gelang, durch Organisation eines Proteststurmes der Werktätigen aller Länder die ersten drei Galgenkandidaten dem Henker zu entreißen, so mobilisiert sie jetzt neuerdings die ganze Welt zum Schutze der neuen Opfer.

Eine Unmenge Beispiele könnte man als Beweis der unmenschlichen Ausbeutung der Jungarbeiterschaft anführen. Beispiele, wie täglich Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen vor die Klassengerichte der Bourgeoisie gezerrt, zu Tausenden in die Kerker geworfen und grausam gefoltert und ermordet werden, könnte man bergeshoch aufzählen.

Bei dem Kampf der Textilarbeiter in Gastonia waren es Jungarbeiter, die von der weißen Justiz zu 117 Jahren verurteilt wurden. Nur angesichts der mächtigen Protestkampagne der IRH. und der Tätigkeit der amerikanischen RH. ließ die Dollarbourgeoisie von ihrem Vorhaben der Wiederholung des Sacco- und Vanzetti-Verbrechens ab und entschied sich dafür, ihnen das Schicksal Billings und Mooneys, die als unschuldige Opfer eines schändlichen Justizkomplotts schon 13 Jahre im Kerker schmachten, zu bereiten.

Die argentinische Soldateska hat bei ihrem faschistischen Umsturz Massenverhaftungen unter der Jugend vorgenommen und die Führer der revolutionären Jugendbewegung erschossen. In den anderen südamerikanischen Ländern steht die Jugend in erbitterter Gegnerschaft zu den im Solde des amerikanischen Imperialismus stehenden weißen Häschern und kämpft meist illegal.

Wie in allen kapitalistischen Ländern, bangen auch die französischen Imperialisten um die Zerstörung ihrer Armee und verhängen drakonische Strafen gegen die revolutionäre Jugend. Im Mai 1930 wurden 11 Jungarbeiter wegen Verbreitung der kommunistischen Jugendzeitung „Avant-Garde“ zu 22 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Juli erfolgte erneut die Verurteilung von 21 Soldaten wegen revolutionärer Propaganda zu 46 Jahren 10 Monaten.

Die Hölle auf dem Balkan ist bekannt. Ausschaltung der Öffentlichkeit bei politischen Prozessen, Wettfeiern in der Anwendung der barbarischsten Foltermethoden und Unterdrückungsmaßnahmen. In Bulgarien wurden in den acht Monaten d. J. 70 politische Prozesse inszeniert, und 84 Angeklagte zu 698½ Jahren Kerker verurteilt. 33 Prozesse mit 248 Angeklagten stehen noch aus. Das gleiche Bild findet man in Rumänien und Jugoslawien, dort toben sich die Gefängnisadisten nicht minder teuflisch an den revolutionären Jungarbeitern und Jungarbeiterinnen aus. Die Führer des Kommunistischen Jugendverbandes und der RH., Djakowitsch und Hetschimowitsch, wurden „auf der Flucht“ erschossen. In Rumänien werden selbst Kinder verhaftet und gefoltert. Ein furchtbares Gefängnisregime zwingt die Politgefangenen, darunter Hunderte revolutionärer Jungarbeiter, zur Selbstvernichtung durch den Hungerstreik. Am 24. September d. J. befanden sich im Gefängnis Oradea Mare 17 politische Gefangene den 20. Tag im Hungerstreik. In Griechenland wurden am 25. August 29 junge Arbeitersportler wegen Teilnahme an einer Demonstration verhaftet, abgeurteilt und auf die unwirtlichen Strafinseln im Mittelmeere deportiert. Das ist das faschistische Antlitz des Balkans.

Alljährlich am 6. März, 1. Mai, 1. August und 7. Dezember überfallen aufgehetzte und auf Mord dressierte Polizeibanditen in allen Ländern die demonstrierende revolutionäre Jugend. Am Jugendtag 1930 in Leipzig wurden 2 Jungarbeiter von Polizisten ermordet. Anfang Oktober standen 15 Teilnehmer des Jugendtages vor den Schranken des bürgerlichen Klassengerichts, des Mordes wegen der Beseitigung zweier provozierender Polizeioffiziere angeklagt. Trotz des elenden Zusammenbruchs der Anklage erhielten sie ungeheuerliche Strafen.

Die weiße Klassenjustiz glaubt mit ihren Todes- und Terrorurteilen die revolutionäre Jugend mürbe und für den Krieg gegen die SU. gefügig zu machen. Umsonst! Die Jugend, welche den Schrecken der faschistischen Kerker ins Auge sah und von der RH. betreut wurde, wird niemals in den weiteren revolutionären Klassenkämpfen versagen. Wie rasend auch der weiße Terror sei, die revolutionäre Jugend bahnt sich ihren Weg.

Sie entrollte in Budapest am 1. September unter den Säbelhieben der Polizei ihre roten Fahnen. Sie steht an der Spitze der neuen revolutionären Erhebungen in Italien, die den Anfang des Endes der faschistischen Mordherrschaft Mussolinis bedeuten. Die revolutionäre, international kämpfende Jugend ist der Hammer, der den Faschismus und die kapitalistische Herrschaft zertrümmert.

Je mehr die Verfolgungswelle steigt, desto fester und ausgedehnter wird die revolutionäre Kampffront der werktätigen Jugend, desto stärker und schneller muß ihre Wendung zur Massenarbeit und die Einbeziehung aller Jungarbeiter und -arbeiterinnen in den revolutionären Massenkampf sein.

Der vor kurzem tagende 6. RGL-Kongreß, wo mehr als 50 Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen vertreten waren, hat auch den Weg des Kampfes der werktätigen Jugend im Weltmaßstabe beraten, die weitere Perspektive des Kampfes und das Tempo umrissen. Bei all den Beratungen wie auch bei der Annahme der Resolutionen herrschte völlige Einmütigkeit zwischen den Vertretern der Jungarbeiterschaft mit den übrigen Delegierten. So wurde auch in der Resolution über die Internationale Rote Hilfe im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Faschismus und Sozialfaschismus, der Verschärfung des weißen Terrors und der Klassen-

justiz die Notwendigkeit von breiten Organisationen der RH. hervorgehoben, deren Aufgabe ist, den Kampf gegen den weißen Terror in allen Ländern zu führen. Ferner die Bedeutung der IRH. für die internationale Erziehungsarbeit unter den breiten Massen stark unterstrichen. Die Gewerkschaftsorganisationen wurden aufgefordert, ihre Mitarbeit in der IRH. zu verstärken und die Kampagnen der IRH. für die Amnestie der proletarischen Gefangenen und für das Asylrecht gemeinsam zu führen, sowie die IRH. überall, insbesondere aber bei der Werbung neuer Mitglieder und bei Führung ihrer Kampagnen, zu unterstützen. Damit hat der Kongreß auch für die gewerkschaftliche Arbeiterjugend die Betätigung zur RH. konkretisiert, die schon auf dem 5. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale in einer Resolution der KJL über die RH. festgesetzt wurde.

Die Resolution des 5. Weltkongresses der KJL beschloß, daß jedes Mitglied der KJL Mitglied der IRH. sein muß, daß überall Vertreter der KJL in die Leitung der Organisationen der RH. entsendet werden müssen, daß dort, wo noch keine RH.-Zellen oder -Gruppen bestehen, die Anhänger der KJL die Initiative zur Schaffung solcher RH.-Organisationen zu ergreifen haben u. a. mehr. Ein gut Teil dieser Aufgaben ist noch unerfüllt, und sie sind eine ständige Mahnung für die revolutionäre Jugend zur restlosen Erfüllung der eigenen Beschlüsse.

In einigen Sektionen, u. a. in Deutschland und in der Sowjetunion, hat der KJV. gemäß diesen Beschlüssen genaue Anweisung gegeben, RH.-Initiativgruppen zu bilden, mit dem Auftrag, die Jugend in die RH. einzureihen und sie mit allen Fragen und Problemen der RH. bekanntzumachen. Diese Initiativgruppen müssen überall gegründet werden.

Je offener die Selbstkritik der Jugendorganisation in bezug auf die Durchführung der Beschlüsse ist, desto früher wird der Weg beschritten, der das gegenseitige Verhältnis der revolutionären Arbeiterjugend zur IRH. bessern, festigen und im Kampfe gemeinsame Erfolge der werktätigen Jugend und der IRH. bringen wird.

Es ist der Weg, der in allen Ländern zum entschiedenen Kampfe gegen Faschismus und Sozialfaschismus, gegen weißen Terror und Klassenjustiz, gegen die nationale Unterdrückung und koloniale Unterjochung, gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion beschritten werden muß, und welcher zur Erziehung der breiten Massen im Sinne der praktischen, revolutionären internationalen Solidarität führt.

Jeder Jungarbeiter und jede Jungarbeiterin muß ein aktiver Roter Helfer sein.

## Der Strafvollzug in der Tschechoslowakei

Zwar besteht in der Tschechoslowakei kein Gesetz, welches den politischen Gefangenen ausdrücklich ihre Rechte nimmt. Man beruft sich bei Fixierung der politischen Gefangenrechte noch immer auf das alte „österreichische“ Gesetz aus dem Jahre 1867, das sich „allerhöchster Erlaß“ nennt, obwohl dasselbe nunmehr auch durch das neue Republikenschutzgesetz aufgehoben wurde. In der Praxis genießen aber Arbeiter, welche wegen politischer Delikte und „Verbrechen“ verurteilt wurden, nur in den seltensten Fällen politische Rechte. Es herrscht vollkommene, ungesetzliche, von der Regierung und der zuständigen Abteilung des Justizministeriums geduldete Willkür der Gefängnisverwaltungen. Die politischen Gefangenen werden gezwungen, zusammen mit Schwerverbrechern ihre Strafe abzusetzen. Sie haben kein Recht, sich im Gefängnis weiterzubilden, Zeitungen werden ihnen vorenthalten usw. In der demokratischen tschechoslowakischen Republik ergeht es den politischen Gefangenen noch ärger als den übrigen Sträflingen. Durch den Entzug der Rechte als politischer Gefangener werden dieselben nicht nur physisch getroffen, sondern auch moralisch gemartert und erniedrigt.

Mit der Verschärfung der Verfolgungen der revolutionären Bewegung in der Tschechoslowakei verschärft, d. h. faschisiert sich auch der Strafvollzug. Die Zustände in den meisten, besonders aber in den slowakischen Gefängnissen, sind

## **Lest und verbreitet die Bücher des Mopr-Verlags** **Neuer Katalog soeben erschienen!**

furchtbar. Die Gefängnisgebäude sind 300 bis 400 Jahre alt, schmutzig, voll Ungeziefer. In den Zellen ist überall noch das alte Kübelsystem. Der Kübel wird höchstens zweimal in 24 Stunden hinausgetragen, so daß die Luft in der Zelle ständig skandalös verpestet ist.

Der Spaziergang beträgt eine Stunde täglich. Die Gefangenen gehen in 2 bis 5 Schritten Abstand hintereinander stumm einher. Reden ist streng verboten, und nur in den Musteranstalten, wie B o r y bei Pilsen, sind für diese Stunde auch Turnübungen eingeführt.

Jeder Gefangene muß arbeiten. Die Arbeit wird ihm einfach aufgezwungen. Der kommunistische Abgeordnete H a r u s , der wegen Ausübung seiner Funktion als Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft zu 32 Monaten schweren Kerkers verurteilt wurde, muß Tüten kleben.

### **Die tschechische Bourgeoisie hält den Abgeordneten Harus widerrechtlich gefangen, indem sie seine Wiederwahl nicht anerkennt.**

Die Gefangenen haben kein Anrecht auf Entlohnung ihrer Arbeit. Der Arbeitslohn fällt dem Staate zu.

Das Essen ist entsetzlich schlecht. Es besteht aus in Wasser gekochtem Grieß, Erbsen, Linsen oder Kraut. Alles wird ohne Fett zubereitet. Nichts wird vor dem Kochen entsprechend gewaschen. Die Gefäße, in welchen das Essen verabreicht wird, sind schmutzig, rostig und anwidern stinkend. In der Früh- und Abendsuppe schwimmen Würmer, es werden darin auch Nägel und dergleichen gefunden. Für Schwerkranke, Tuberkulöse, politische Häftlinge konnte erst nach wiederholten Interventionen eine Kostverbesserung erwirkt werden, dieselbe besteht in einem viertel Liter Milch und einem viertel Brot in zwei Tagen. Die Gefangenen leiden in den tschechischen Strafanstalten buchstäblich Hunger.

Das Rauchen ist dem politischen Gefangenen, soweit er als Gemeinverbrecher behandelt wird, verboten. Selbst in dem Ausnahmefalle, daß die politischen Rechte ausdrücklich zugestanden werden, ist das Rauchen geregelt und beschränkt.

Von der Strenge der Strafe ist die Erlaubnis zum Briefempfang und Briefschreiben abhängig. Einmal wöchentlich, einmal in 14 Tagen oder einmal monatlich. Demgegenüber erhalten Diebe und Betrüger aus Bourgeoisiekreisen jedwede Vergünstigung.

Für privates, nicht in der Strafanstalt verdientes Geld dürfen sich ausdrücklich als Politgefangene Anerkannte die Zeitungen halten, auch wird ihnen der Besuch von Angehörigen gestattet. Nach der Gefängnisordnung sind solche Besuche nur einmal im Monat erlaubt. Bei guter Führung des Gefangenen kommt es vor, daß die Gefängnisverwaltung entgegen der Gefängnisordnung den Besuch zweimal im Monat gestattet. Die Besuchszeit dauert 10 Minuten.

Der leiseste Protest der Gefangenen gegen die Brutalitäten des Strafvollzuges, der darauf eingestellt ist, die besten Arbeiter, die tapieren revolutionären Führer und Funktionäre zu vernichten, wird mit Disziplinarstrafen beantwortet. Diese sind wieder nur darauf berechnet, die Menschenwürde des Gefangenen herabzudrücken und seinen revolutionären Willen zu brechen. Sie bestehen in der Entziehung des Bettlagers, Kostentzug und Dunkelarrest bei Wasser und Brot.

In letzter Zeit häufen sich die Erkrankungen vieler Arbeiter, die zu längeren Kerkerstrafen verurteilt sind, an akuter Tuberkulose. Das schlechte, fettlose Essen, die schlechte Luft in der Zelle, die geringe Bewegungsfreiheit, die ausbeuterischen Arbeitsnormen, nebst den übrigen brutalen Schikanen seitens der Gefängnisverwaltung und der Aufseher, tragen dazu bei, daß die ohnehin unterernährten und überarbeiteten Arbeiter vollkommen zusammenbrechen. Krank und elend kehren sie zu ihren Familien zurück. Diese müssen in Not und Elend verfallen, weil sie durch den grausamen Strafvollzug ihre Ernährer verlieren. Die revolutionäre Arbeiterbewegung wird auf diese Art um ihre besten Funktionäre ärmer.

Die IRHC, hat sich an die Exekutive der IRH. in Moskau gewandt, um den in den schwersten Fällen todkrank aus den tschechoslowakischen Gefängnissen kommenden Revolutionären in einem Sanatorium im Vaterlande der Arbeiter aller Welt Erholung und Heilung zu verschaffen. Die Werktätigen der SU, haben in dieser Beziehung ihre verfolgten, in den kapitalistischen Gefängnissen zugrunde gerichteten revolutionären Genossen stets geholfen, damit diese dem Klassenkampf erhalten blieben. Sie werden auch gegenüber den Opfern des kapitalistischen Strafvollzuges in der Tschechoslowakei brüderliche, internationale Solidarität üben.

Die revolutionären Werktätigen der Tschechoslowakei kämpfen gegen die Schikanen des bürgerlichen Strafvollzuges. Die Gefangenen selbst wehren sich und protestieren durch wochenlange Hungerstreiks. So wurde eine Verfügung des Justizministeriums, die den politischen Gefangenen im Mähr.-Ostrauer Kreisgefängnis die politischen Rechte der Selbstbeköstigung entzog, mit Hungerstreik beantwortet. An diesem Hungerstreik beteiligte sich auch ein schwer tuberkulosekranker Gefangener. Der Hungerstreik endete mit Erfolg, die Gefangenen bekamen ihre politischen Rechte. Aber die Waffe des Hungerstreiks ist eine äußerst gefährliche Waffe, welche die Politgefangenen nur im äußersten Falle anwenden sollen, denn sonst kommen sie damit nur den Vernichtungsabsichten der Bourgeoisie entgegen.

Das Schwergewicht des Kampfes um die politischen Rechte für die proletarischen politischen Gefangenen muß außerhalb der Gefängnisse bei den breiten Massen liegen. Die IRHC, führt diesen Kampf schon jahrelang. Jeder errungene Erfolg, d. h. jede Erleichterung, die für die politischen Gefangenen erkämpft wurde, erforderte eine Unmenge von Zähigkeit und Energie. Ein weiterer Umstand ist es, daß die IRHC, oft infolge der massenhaften Verfolgungen und ihrer Schwäche die Vergünstigungen durch Selbstbeköstigung der Gefangenen aus Mangel an Mitteln nicht voll ausnützen kann. In der Slowakei kommt es vor, daß die Familien der politischen Gefangenen hungern, weil die Rote-Hilfe-Organisation des betreffenden Kreises verfolgt wird und keine Mittel besitzt, sie zu unterstützen.

Die tschechoslowakische Bourgeoisie hat die Bedeutung und die Rolle der IRHC, im Klassenkämpfe sehr gut begriffen und wendet ihr gegenüber ihre Unterdrückungsmethoden genau so wie gegenüber der ganzen revolutionären Arbeiterbewegung an. Die Hausdurchsuchungen der RH.-Sekretariate, die Einkerkelung der RH.-Funktionäre und -Sekretäre, die Beschlagnahme von RH.-Sammlungen durch die Polizei sind die besten Beispiele dafür.

**Im Jahre 1929 gab es in der demokratischen, tschechoslowakischen Republik 6000 politische Gefangene, darunter 852 Frauen. Die ersten vier Monate des Jahres 1930 brachten etwa 3000 neuerliche Verhaftete und Eingekerkerte.**

Die IRHC, steht vor schweren Aufgaben; sie hat alle Ursache, alle Anstrengungen für den Ausbau ihrer Organisationen zu machen. Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, muß sie eine straffe Massenorganisation aller Werktätigen der Tschechoslowakei sein. Dafür ist intensive Massenarbeit unter allen Schichten der Werktätigen notwendig. Alle Organisationen des revolutionären Klassenkampfes und der nationalen Minderheiten müssen sich um die RHC, zusammenschließen und ihr helfen, die eingeleitete Amnestiekampagne zur Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen weiterzutreiben, die breiten Massen zum Kampfe für diese Forderungen zu gewinnen. Denn nur unter dem Massendrucke der gesamten proletarischen Öffentlichkeit und angesichts der Kampfentslossenheit der breiten Massen für die Amnestieforderung wird die tschechoslowakische Bourgeoisie die gefangenen Opfer des revolutionären Klassenkampfes herausgeben.

### **Mopr-Fragebogen**

Wir bitten unsere Leser — soweit noch nicht erfolgt — um sofortige Einsendung unseres Nr. 11 der „Mopr“ beigelegten Fragebogens betreffs Ausgestaltung unserer Zeitschrift. Redaktion und Verlag der „Mopr“.

# AUS DER ROTEN-HILFE-BEWEGUNG

## Oesterreich Verfolgungen politischer Emigranten in Oesterreich

Mit jedem Tage zeigt es sich klarer, daß in dem Maße, als die Bourgeoisie ihre faschistischen Methoden gegen die österreichische Arbeiterschaft verschärft, ebenso die Verfolgung der proletarischen politischen Emigranten eine immer schärfere wird. Die österreichischen Behörden haben es sich in den letzten Monaten zur Gewohnheit gemacht, Polizeirazzien für das Heim der Politemigranten durchzuführen und alle Emigranten, die sie vorfinden, wahllos zu verhaften.

War es früher möglich, eine Ausweisung zu verhindern oder bis zur Durchführung des Ausweisverfahrens die Enthaftung durchzusetzen, so ist dies heute ganz ausgeschlossen. Monatlang sitzen die Genossen in Schutzhaft, bis ihre Identität durch die sie verfolgenden Regierungen festgestellt wird. Auch wenn es festgestellt wird, daß es sich um politische Emigranten handelt, werden sie trotzdem an die Grenze gestellt.

Nicht einmal vor kranken Genossen macht unsere Polizei halt. So hat sie vor 2½ Monaten einen bulgarischen Genossen anlässlich einer solchen Razzia verhaftet. Er wurde trotz offener Wunden in Haft behalten und nach einem vorübergehenden Aufenthalt im Spital wieder in Haft genommen, die Abschaffung durchgeführt und an die Grenze gestellt. Bei einem anderen Genossen war bereits die Auslieferung beschlossen.

Es handelte sich um den ungarischen Genossen Hollosy, der während der Räteregierung im revolutionären Tribunal tätig war. Nur dank dem Eingreifen der Roten Hilfe Oesterreichs, ihrer Rechtsanwälte und der Protestaktion der österreichischen Arbeiterschaft ist es gelungen, den Genossen vor der Auslieferung an die Horthy-Henker zu retten.

Aber der Faschismus und der weiße Terror finden auch auf andere Art seine Opfer. Am 18. November ist Genosse

Kossareff im Wiener allgemeinen Krankenhaus gestorben. Der Genosse ist in Bulgarien wegen seines Kampfes innerhalb der Bauernschaft gegen den Zankoff-Faschismus von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Nachdem er mehrere Jahre in Jugoslawien in Emigration lebte und dort verhaftet wurde, kam er nach Wien als Schwerkranker, und der Arzt, den die Rote Hilfe zu dem Genossen schickte, konstatierte, daß der Genosse Kehlkopf- und Lungentuberkulose hat und daß sein Fall ein hoffnungsloser sei. Die RH. versuchte noch, durch Spitalaufenthalt den Genossen zu retten, aber alles war umsonst, die Folterungen in den Gefängnissen des faschistischen Bulgariens und Jugoslawiens haben die Gesundheit des tapferen Genossen derart untergraben, daß nichts mehr half.

Wenn die faschistischen Henker das Todesurteil an dem Genossen Kossareff nicht vollstrecken konnten, sie führten das Todesurteil durch die Folterungen herbei.

Es sind hier nur einige Fälle aus den unzähligen Fällen von Verfolgungen politischer Emigranten in Oesterreich angeführt, aber sie genügen, um auch im Auslande den wahren Charakter des österreichischen Faschismus zu charakterisieren. Die Offensive geht gegen die österreichischen Arbeiter und gegen ihre ausländischen Klassengenossen. Die Front von Mussolini, Horthy, Zankoff, Alexander und Vaugoin-Starhemberg ist geschlossen. Sie finden sich alle, die Könige, Minister und Polizeipräsidenten, wenn es gilt, in der einen oder anderen Weise der Arbeiterklasse Schläge zu versetzen.

Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs, die jetzt bei der Bourgeoisie bettelt, an dem Ausbau des Faschismus mitzumachen dürfen, rührt natürlich keinen Finger gegen alle diese Verfolgungen; denn wer für die faschistische Diktaturverfassung stimmt, kann sich um die Opfer des Faschismus nicht kümmern.

Die Rote Hilfe Oesterreichs

hat an Hand dieser und anderer Fälle von Verfolgungen politischer Emigranten die proletarische Öffentlichkeit alarmiert, sie hat in der Presse und in Versammlungen die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen diese Asylrechtsbrüche aufgerufen. Ihr Forderungsprogramm während des Wahlkampfes stellte unter anderem die Asylrechtsfrage in den Mittelpunkt. Es ist trotz des verschärften Faschismus gelungen, den Genossen Hollosy vor der Auslieferung zu retten; es wird und muß auch gelingen, durch den Kampf der Arbeiterklasse die

Bourgeoisie daran zu hindern, proletarische politische Emigranten auszuliefern oder auszuweisen.

Der Kampf gegen diese Verfolgungen ist ein Teil des Kampfes gegen Faschismus und Klassenjustiz, ist ein Teil des Befreiungskampfes des Proletariats. Das wissen heute schon breite Kreise der österreichischen Arbeiterschaft, aber die Aufgabe der RH. ist es, noch breitere Massen davon zu überzeugen, damit sie den revolutionären, entschlossenen Weg des Befreiungskampfes gehen. Sch.

# ROTE-HILFE-WETTBEWERB

## Moskau fordert Wien heraus

Zwecks Befestigung der internationalen proletarischen Solidarität ruft das Samoskworetzker Bezirkskomitee der MOPR den 5. Bezirk der RHOe. in Wien zur Durchführung eines revolutionären Wettbewerbes auf und schlägt vor, einen Wettbewerbsvertrag für die Dauer ab 1. November 1930 bis 1. Mai 1931 abzuschließen, der folgende Verpflichtungen voraussetzt:

1. Die Steigerung der RH.-Mitglieder um 20 000 Mann, die hauptsächlich unter den Arbeitern der Betriebe angeworben werden sollen.

2. Durchführung von Sammlungen gemäß dem Voranschlag — im Laufe der Vertragsperiode — im Gesamtbetrag von 12 000 Rubel monatlich.

3. Die Organisierung von Gruppen der jungen Freunde der RH. in 45 Schulen des Samoskworetzker Bezirks und die Zahl der Mitglieder des Vereins der jungen Freunde der RH. auf 3000 Kinder zu bringen.

4. Für die internationale Erziehungsarbeit unter den Rotarmisten sollen drei Kurse gebildet werden, die 75 Genossen umfassen können.

5. 300 MOPR-Funktionäre in den Kursen und Zirkeln der MOPR heranzubilden.

6. Die Patenschaft über weitere 100 Politgefangene zu übernehmen und die entsprechenden Geldbeträge für die Aufrechterhaltung der Patenschaft regelmäßig einzutreiben.

7. Mindestens 200 der bestehenden MOPR-Funktionäre für deren Eintritt in die KP. der SU. vorzubereiten.

8. Für die unter unserer Patenschaft stehenden Politgefangenen für 5000 Rubel Obligationen der Anleihe „Fünfjahrplan in vier Jahren“ zu kaufen.

Das Samoskworetzker Bezirkskomitee der MOPR ersucht den 5. Wiener Bezirk, die Wettbewerbsverpflichtungen die zur Entwicklung und Förderung seiner RH.-Gruppe beitragen können, festzulegen und mitzuteilen.

# AUS DER PRAXIS — FÜR DIE PRAXIS

## Vorbildliche Aktivisierung der Kollektiv-Mitglieder

Die Ortsgruppe Limbach der Roten Hilfe hatte sämtliche kollektiv ange-schlossenen Organisationen zu einem öffentlichen Propagandaabend für die RH.-Kinderheime eingeladen. Diese Anregung fiel auf fruchtbaren Boden: die proletarischen Freidenker, der Arbeiter-

turnverein, der Volkschor, der Theaterverein, Touristenverein u. a. Arbeiterorganisationen stellten sich aktiv zur Verfügung. Im Mittelpunkt der künstlerischen Darbietungen stand ein Werbeposter für die Rote Hilfe unter besonderem Hinweis auf den gerade in Limbach sich täglich verschärfenden Faschistenterror. Während einer Pause nahm ein Stoßtrupp die Werbetätig-

keit von Tisch zu Tisch auf mit dem Erfolg, daß das gesteckte Ziel von 50 Neuaufnahmen um 15 überschritten wurde. Dieser schöne Erfolg ist der beste Beweis, daß dort, wo die Leitung der Roten Hilfe in Verbindung mit den übrigen Massenorganisationen solche Solidaritätsveranstaltungen durchführen, sie immer zu einem Erfolg für die Rote Hilfe werden. Noch gibt es Hunderttausende von Arbeitern, die noch nicht wissen, welche ungeheuren Anforder-

rungen an die Rote Hilfe gestellt werden.

In allen proletarischen Massenorganisationen muß die Frage der Solidarität mit den Opfern des Klassenkampfes zur Tagesordnung gestellt werden, muß der kollektive Anschluß an die Rote Hilfe vollzogen werden. Aber es gilt nicht nur die Kollektiv-Vereine zu registrieren, sondern sie müssen — ähnlich wie in Limbach — zur praktischen Mitarbeit herangezogen, ihre Mitglieder zu aktiven roten Helfern mobilisiert werden.

## NEUE BÜCHER UND BROSCHÜREN

### A. Schapowalow: Auf dem Wege zum Marxismus.

Dem Mopr-Verlag gebührt Dank, daß er diese in Deutschland leider noch viel zu wenig bekannten „Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs“ im Rahmen seiner „Internationalen Memoirenbibliothek“ neu herausgebracht hat. Dieses Buch vermittelt mehr als Einblicke in die vorbildlich selbstlose Arbeit, mit der die russischen revolutionären Arbeiter und Intellektuellen den Sturz des Zarismus und des Kapitalismus betrieben. Das Buch ist vor allem wertvoll wegen der Anschaulichkeit, mit der die furchtbaren sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse, unter denen das russische Proletariat der Vorkriegszeit dahinvegetierte, beleuchtet werden.

Von morgens 7 bis nachts 11 Uhr dauerte Ende der achtziger Jahre der Arbeitstag in den Eisenbahnwerkstätten in St. Petersburg, Sonn- und Feiertage nicht ausgenommen. Bei dem fürstlichen Lohn von 1 Rubel für einen qualifizierten Arbeiter! Dieser Lohn gestattete als Wohnung nur elende Kellerlöcher und keine andere Ernährung, als grobes Brot und Kohlsuppe. Nicht zu vergessen den Schnaps, den Väterchen Zar dem Volke ebenso reichlich wie den religiösen Fusel zukommen ließ. Arbeiter und selbst Bürger waren das Freiwild jeder Roheitsanwendung eines größtenwahnsinnigen Offiziers oder betrunkenen Gendarmen. Finster drohten über die Nawa herüber die Mauern der Schlüsselburg, bereit, jeden Widerspenstigen zu begraben.

Die damaligen ausländischen Besucher Petersburgs waren entsetzt über die Scharen zerlumpter Männer, Frauen und Kinder, die — oftmals betrunken — die Vorübergehenden mit Heiligenbildern in der Hand um ein Almosen anflehten. An diesen entsetzlichen Zuständen hatte sich bis zum Sturz des fluchbeladenen Zarismus nicht viel geändert. All das muß man wissen und berücksichtigen, um die ungeheure Befreiungs- und Aufbauarbeit der dreizehn Jahre Räteherrschaft voll zu ermessen.

Schapowalow, der seine politische Entwicklung unter den allerschwersten Hemmungen, ohne Führer, ohne Vorbild blind tastend begann, hat sich durch unendliche Irrungen und Wirrungen hindurchgearbeitet. Erst Abendeschüler, dann Agitator für einen frommen Abstinenzlerbund, dann Narodniki, bis er endlich den Weg zum Marxismus fand, der ihn in der Verbannung tief in Sibirien auch in persönliche Verbindung mit Meister Lenin brachte.

All das wird einfach und schlicht und so spannend erzählt, daß man die Lektüre nur ungern vor Beendigung der letzten Seite weglagt.

Preis in Leinen gebunden 6.50 Mark.  
K. Grünberg.

### Vom Kriegskommunismus zum Fünfjahresplan

L. Kritsmann: „Die heroische Periode der großen russischen Revolution.“

G. Grinko: „Der Fünfjahresplan der Sowjetunion.“

Zwei außerordentlich interessante

Bücher — ein Rückblick das eine, ein Ausblick das andere. Kritsmann wirft einen Rückblick auf die heroische Periode des Kriegskommunismus. Er stellt sich dabei die Aufgabe nicht nur einer beschreibenden Schilderung dieser großen Zeit. Es kommt ihm vielmehr darauf an, eine „konkrete Analyse unserer Revolution“ zu geben, und dieses Ziel ist erreicht. Auf 436 Seiten rollt der grandiose Film jener Bürgerkriegsjahre ab, die die Welt erschütterten: die Entfaltung der Revolution unter der Einwirkung der inneren Kräfte, die Einmischung äußerer Kräfte und ihre Folgen, die proletarische Naturalwirtschaft, der Rückgang der Produktivkräfte — und der siegreiche Durchbruch. Ueberall behandelt Genosse Kritsmann die Zusammenhänge der verschiedenen Erscheinungen, er liefert die versprochene konkrete Analyse der Revolution.

Die zweite heroische Periode stellt Genosse Grinko dar; die des sozialistischen Aufbaus. Der Verfasser, einer der leitenden Mitarbeiter des „Gosplan“ (Staatsplan-Wirtschaftskommission), ist wie wenige dazu berufen, dem Leser das Wirtschaftsprogramm vor Augen zu führen und zu erläutern. Er beschränkt sich nicht auf die Darlegung der Ziele und Perspektiven des Fünfjahresplanes. Sagte Lenin 1922: „Das Rußland der „Nöp“ wird zu einem sozialistischen Rußland werden“, so zeigt uns Grinko an Hand der bereits erkämpften Errungenschaften der ersten Jahre des Planes den gigantischen Prozeß dieses Werdens auf den verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft (Volkswirtschaft!) Es ist dies ein ausgezeichnetes Buch. Zahlreiche Diagramme erleichtern dem Leser das Studium.

Dem Verlag für Literatur und Politik, Berlin-Wien, gebührt für beide Bücher Lob und Dank. An.

E. D. Nikitina: „13 Frauen fliehen“ (Mopr-Verlag, Berlin.)

Ein Ereignis, das 20 Jahre zurückliegt, und doch wie lebendig zeichnet die Verfasserin hier die Episode aus der Zeit des blutigen Zarentums. 13 revolutionäre Frauen, eingekerkert in dem Moskauer Frauengefängnis, finden den

Weg aus diesem Kerker zurück in die Freiheit. Wie das geschieht, wie sie sich nach der Flucht in Sicherheit bringen, um weiterzuarbeiten für die Revolution, die aller Kräfte bedarf, wie lebendig hat es die Genossin Nikitina trotz der langen Jahre, die dazwischenliegen, geschildert. Heute ist die Zeit des blutigen Zarentums mit seinen Einkerkelungen und Verbannungen vorbei, aber in den europäischen Ländern wütet der Faschismus, in den außereuropäischen Ländern wütet das Schwert des imperialistischen Henkers. Heute werden Frauen und Männer von den Werkzeugen der bürgerlichen Diktatur in die Zuchthäuser gesperrt, wo die Möglichkeiten der Beziehungen zwischen den Gefangenen und der Außenwelt unendlich schwieriger sind. Um so mehr werden sich die Werktätigen über die gelungene Flucht dieser 13 tapferen Frauen freuen.

Das Büchlein, vom Mopr-Verlag gut ausgestattet, stellt ein erwünschtes Weihnachtsgeschenk für proletarische Leser dar.

Kart. 1.20 Mark, geb. 2 Mark.

S.

Michael Scholochow: „Der stille Don“. (Verlag für Literatur u. Politik, Berlin)

Der soeben erschienene 2. Teil des großen Kosakenromans kündigt schon rein äußerlich die Weiterentwicklung der russischen Revolution an. An Stelle des Harmonika-Idylls bewaffnete Rotarmisten. Was im ersten Band als bescheidenes Fünkchen erst unter der Asche glimmt, lodert hier zur heißen Flamme empor.

Auch der stille Don schäumt unter den Fluten des Bürgerkriegs blutig auf. Zwischen den Fronten schwankt die bäuerliche Kosakenbevölkerung gefühlsmäßig hin und her. Bald kämpft man mit den Bolschewisten gegen weiße Generale und die aus der Ukraine vorfühlenden Deutschen. Bald metzelt man im Bunde mit den Generalen die Rotarmisten reihenweise nieder. Eine unerhörte Fülle von Gesichtern und Einzelschicksalen wirbeln am Leser vorüber. Am Schluß des 2. Bandes siegt die Gegenrevolution im Gebiet der Donkosaken. K. G.

Henri Barbusse: „150 Millionen bauen eine neue Welt“.

(Neuer Deutscher Verlag, Berlin.)

Rußlandbücher haben alle den Nachteil, beim Erscheinen längst durch das Fünfjahresplante überholt zu sein. Sind sozusagen nur noch als historische Meilensteine der sozialistischen Entwicklung zu werten. Dieses aber gibt

mehr als persönliche Eindrücke und Momentaufnahmen. Barbusse verbindet hier die Arbeit des Reisereporters mit der des Geschichtsforschers und Statistikers. Besonders interessiert er sich für den Kaukasus und für das vielumstrittene Georgien. Dieses Kapitel sollte man jedem Anhänger der 2. Internationale zu lesen geben.

K. G.

## Juristische Volksbücherei

### Auch du

Preis 50 Pf. kannst morgen eine Haussuchung, eine politische Vernehmung, gerichtliche Verhaftung, Mißhandlung durch Schupo und andere Annehmlichkeiten der Demokratie erleben. Weißt du, wie du dich verhalten mußt? Dann lies:

„Wie verteidigt sich der Proletarier!“  
von Professor Felix Halle

### Milliarden Mark

stecken im Abzahlungsgeschäft, denn wer kann heute alles bar bezahlen? Mieten steigen, wer kann sie zahlen? Heute in Arbeit, morgen arbeitslos, und die Abzahlung und Miete? Was tun? Darum lies:

„Abzahlungsvertrag, Vollstreckungsrecht und Exmission“ von Syndikus Timpe

## MOPR-VERLAG

Berlin NW 7

G.m.b.H. Dorotheenstr. 77-78

Verantwortlich für die Redaktion: Erich Steinfurth, Berlin-Schöneberg. — Verlag: Mopr-Verlag, Berlin NW 7. Einzelpreis 20 Pf. Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 50 Pf.  
Auslieferung für die Schweiz: Willi Tröstel, Zürich, Ottikerstraße 35; für Österreich: Österreichische Rote Hilfe, Wien VIII, Lerchengasse 13; für Tschechoslowakei: Rote Hilfe Tschechoslowakei, Prag 2, Hopfenstockova 10/4.  
Druck: Peuvag-Berlin, Fil. Magdeburg-S. — Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Mopr-Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77-78

## INTERNATIONALE MEMOIREN

Band II

6.—9. Tausend

O. PJATNITZKI

# AUFZEICHNUNGEN EINES BOLSCHEWIKS

Erinnerungen eines russischen Berufsrevolutionärs aus den Jahren 1896 bis 1917

Pjatnitzkis Erinnerungen sind die politischen Aufzeichnungen eines alten und hervorragenden Mitgliedes der russischen Kommunistischen Partei. Seine Biographie ist typisch für das Leben eines unterirdischen Berufsrevolutionärs.

Pjatnitzki ist ein Meister der illegalen Arbeit. Er weiß spannende Einzelheiten über die konspirative Arbeit der Partei sowie über seine Flucht aus den zaristischen Gefängnissen zu berichten. Von Berlin aus leitete er den illegalen Lit.-Transport nach Rußland.

Auch die taktischen Fragen und Diskussionen in den Reihen der russischen Sozialdemokratie werden von ihm eingehend behandelt.

Das „Neue Volk“, Würzburg, schreibt:

„Jeder, der über Rußland und die Bolschewiken etwas sagen will, soll zuerst dieses Buch lesen... Wir erleben ein stilles Heldentum, sogar ein Heldenzeitalter, das mancher nicht erwartet hätte.“

305 Seiten, in Leinen geb. 5.50 Mk.

Weitere Bände dieser Serie folgen

MOPR-VERLAG G m b H / BERLIN NW 7

Dorotheenstraße 77/78

## **Internationale Memoiren**

A. Schapowalow  
Band 1

### **AUF DEM WEGE ZUM MARXISMUS**

Erinnerungen eines russischen Arbeiterrevolutionärs unter der Zarenknete.

Maxim Gorki schreibt: Solche Bücher tun not, sie stellen unsere heldenhafte Geschichte dar." 2. Auflage, 6.—10. Tausend. 337 Seiten. Leinen geb. 5.50 Mark.

Ossip Pjatnitzki  
Band 2

### **AUFZEICHNUNGEN EINES BOLSCHEWIKS**

Memoiren eines Berufsrevolutionärs.

„Das Neue Volk“, Würzburg, schreibt: „Jeder, der über Rußland und Bolschewiken etwas sagen will, soll zuerst dieses Buch lesen.“ 2. Auflage, 6.—10. Tausend. 305 Seiten. Leinen geb. 5.50 Mark.

Bill Haywood  
Band 3

### **UNTER COWBOYS UND KUMPELS**

Erinnerungen eines amerikanischen Arbeiterführers.

„New - Masses“, Neuyork, schreibt: „Je weiter man in dem Buch liest, um so mehr wächst diese Riesengestalt Haywoods zu einer sagenhaften Größe.“ 1.—8. Tausend. Etwa 400 Seiten. Leinen geb. 6.50 Mark.

## **Juristische Volksbücher**

Prof. Felix Halle

### **GESCHLECHTSLEBEN UND STRAFRECHT**

Mit einem Vorwort von San.-Rat Dr. Magnus Hirschfeld.

Ein Buch, das die Sexualdelikte: Abtreibungen, Ehebruch, Kuppelei, Blutschande usw. volkstümlich unter die kritische Lupe nimmt. Etwa 200 Seiten. Kart. 2.90, Leinen geb. 4.50 Mark.

Prof. Felix Halle

### **WIE VERTEIDIGT SICH DER PROLETARIER IN POLITISCHEN STRAFSACHEN?**

Eine grundlegende Broschüre zu allen politisch-straftrechtlichen Fragen. 61 Seiten. 0.50 Mark.

Peter Maslowski

### **GOTTESLÄSTERUNG**

Eine zusammenfassende Darstellung des Religionsstrafrechts. 2. Auflage. 21.—35. Tausend. 0.40 Mark

## **Erzählungen**

E. D. Nikitina

### **DREIZEHN FRAUEN FLIEHEN**

Eine abenteuerliche Flucht aus dem Zarenkerker.

Ein historisches Buch, das das Leben der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen in den Jahren 1907/08, die Nacht des Zarismus, die terroristischen individuellen Abwehraktionen der Sozialrevolutionäre, die mutige Haltung der jungen Frauen wie in einem Brennspiegel auffängt. 96 Seiten. Brosch. 1.20, Leinen geb. 2.— Mark.

## **Politische Broschüren**

Markosch

### **DIE NEGER IN DEN VEREIN. STAATEN VON AMERIKA**

Eine wertvolle Schrift, die tiefe Einblicke in das moderne Amerika — dort, wo es am dunkelsten ist — vermittelt. 0.50 Mk.

Georg Schumann

### **IN DER KNOCHENMÜHLE ZERMALMT**

32 Seiten.

0.15 Mark.

Erhältlich in allen Buchhandlungen.